

›... und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion‹

Der DVU-Abgeordnete Tittmann
in der Bremischen Bürgerschaft

Studie von Thomas Kollande

im Auftrag der Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Februar 2002



© Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft 2002

Redaktion: Dr. Matthias Güldner und Anni Nottebaum

Layout: Thomas Kollande

Bezugsanschrift:

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft
Schlachte 19/20
28195 Bremen

Inhalt

Vorwort	5
Einleitung	7
I. Zur Person des DVU-Abgeordneten Tittmann	9
II. Urheberschaft und Themenwahl für die Parlamentsreden Tittmanns	12
III. Techniken Tittmanns beim Aufbau und Vortrag seiner Reden	13
1. Techniken beim Aufbau der Reden	13
2. Techniken beim Vortrag der Reden	15
Übertreibungen	15
Zitieren.....	16
Abschreiben	17
Beleidigen, diffamieren, pöbeln, drohen.....	19
IV. Themenauswahl und rhetorische Mittel bei der politischen Agitation	20
Deutsches Volk versus Ausländer.....	21
NS-Vergangenheit/Zwangsarbeiter	27
Antisemitismus und Juden.....	30
Innere Sicherheit	33
Staats- und Selbstverständnis der DVU	35
V. Gezielter Missbrauch des Parlaments	38
Fazit	41
Literatur	43

Vorwort

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben sich vorgenommen, rechtsextreme Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft, solange sie dort Sitz und Stimme haben, zu beobachten und die Öffentlichkeit über den von ihnen betriebenen Missbrauch des Parlamentes zu informieren. Bei dieser Informationspolitik müssen wir abwägen zwischen dem Ziel, die DVU nicht zu überschätzen oder aufzuwerten, und dem Anspruch, rechtsradikale Hintergründe und Zusammenhänge aufzudecken.

Nach Jochen Grabler und Dr. Hermann Kuhn in der vorletzten Wahlperiode hat sich diesmal der Fraktionsmitarbeiter Thomas Kollande der nicht einfachen Aufgabe unterzogen, sich durch Anträge und Reden des DVU-Abgeordneten Siegfried Tittmann zu arbeiten. Er hat neben den Parlamentsdokumenten eine Vielzahl von aktuellen und historischen Quellen herangezogen, um die politische Agitation der DVU in den rechten Rahmen zu stellen, in den sie zweifelsfrei auch gehört. Thomas Kollande sei für diese anspruchsvolle Arbeit an dieser Stelle herzlich gedankt.

Ziel der vorliegenden Studie ist die Aufklärung über und die Auseinandersetzung mit der DVU und ihrem Abgeordneten Tittmann. An dieser Stelle soll aber auch ein Wort zu den Reaktionen von SPD, CDU und Grünen auf die rechtsextreme Herausforderung gesagt werden. Ich glaube, die Unterschiedlichkeit der emotionalen und inhaltlichen Reaktionen auf die Anträge und Anwürfe Tittmanns entspricht einem ganz normalen Querschnitt der Bevölkerung. Sie geht auch quer durch die drei Fraktionen. Während bei manchen Beiträgen die Empörung über die Unsäglichkeiten Tittmann'scher Verbalinjurien im Vordergrund stand, reagierten Andere eher gelassen und inhaltlich. Einige Male ist es Tittmann auch gelungen, einzelne Abgeordnete oder das ganze Haus zu provozieren. Bei einem Abgeordneten, der wenig mehr als Provokation „drauf hat“, ist dies vielleicht auch kein Wunder. Aber es ist den drei demokratischen Fraktionen gelungen, der DVU in nahezu allen Fällen eine gemeinsame inhaltliche Position entgegenzustellen, vorgetragen von einem Abgeordneten für alle drei Fraktionen, für das ganze Haus. Wir haben dabei auch erfahren, dass es keinen Königsweg im Umgang mit Rechtsextremen gibt, die das Parlament nicht auch als Arbeitsplatz, sondern ausschließlich als Bühne verstehen. Bei dem Dreisprung, Aufwertung vermeiden, Öffentlichkeit aufklären und inhaltliche Gegenpositionen hervorheben, springen wir manchmal eben auch daneben. Wichtig bleibt mir aber, dass es Tittmann dennoch nicht gelungen ist, sein oberstes Ziel zu erreichen, die demokratischen Fraktionen gegeneinander zu instrumentalisieren und so Verstärkereffekte für seinen verlorenen Kampf für das ewig Gestrige zu erzielen.

Wir Grünen hoffen und streiten dafür, dass diese Studie über die Parlamentstätigkeit der DVU in der Freien Hansestadt Bremen die letzte ihrer Art sein möge.

Dr. Matthias Güldner

für den Fraktionsvorstand
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Bremen, Februar 2002

Einleitung

Die Fraktion DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft hat in der 13. Wahlperiode (1991-1995) bereits zwei Studien¹ über die „Deutsche Volksunion“ (DVU) herausgegeben. Sowohl „Missbrauch des Parlaments. Ein Jahr DVU-Fraktion“ 1992 als auch „Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: 2 Jahre Missbrauch des Parlaments“ 1993 erhielten große öffentliche Resonanz, wie diverse Literaturverweise in anderen Publikationen zur DVU zeigen.

Seit dem 28. Juni 1999, d. h. nach vier außerparlamentarischen Jahren, ist die DVU wieder im Bremer Landesparlament vertreten. Deshalb tritt die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN erneut mit einer Bestandsaufnahme vom Politikverständnis und -gebaren der DVU in der Bremischen Bürgerschaft an die Öffentlichkeit. Damit verbindet die grüne Fraktion die Hoffnung, dass Aufklärung über die Worte und Taten der DVU ein vorschnelles „Ja“ Einzelner zu rechtspopulistischen Botschaften verhindern hilft. Auch wollen wir mit unserer dritten Studie es der DVU erschweren, sich in der Rolle einer ausgegrenzten parlamentarischen Minderheit und in der Pose des „Underdogs“ bei potentiellen Wählerinnen und Wählern unwidersprochen darstellen zu können.

Anstatt mit sechs Abgeordneten in der 13. Wahlperiode wird die DVU in der laufenden 15. Legislaturperiode von nur einem Abgeordneten² repräsentiert: Siegfried Tittmann aus Bremerhaven. Insofern beleuchtet die hier vorgelegte Studie vor allem die Person Tittmann, aber auch die über seine Person hinaus gehenden Charakteristika einer rechtsextremistischen Partei.

Grundlage dieser Arbeit sind die Plenarprotokolle (PIPr) der 39 Landtagssitzungen der Bremischen Bürgerschaft in der ersten Hälfte der laufenden 15. Wahlperiode (Juli 1999 bis Juni 2001) mit den 92 Debatten, an denen der DVU-Abgeordnete Tittmann sich beteiligt hatte.

¹ Grabler 1992, Grabler/Kuhn 1993

² Zwar scheiterte die DVU bei der Bürgerschaftswahl am 6. Juni 1999 an der Fünf-Prozent-Hürde (landesweit 3,03, in der Stadt Bremen 2,48 Prozent nach Statistisches Landesamt Bremen, www.bremen.de/info/statistik, Zugriff: 10.10.2001), aber ihr Ergebnis in der Stadt Bremerhaven von 5,99 Prozent führte aufgrund des besonderen Bremer Wahlrechts zu diesem einen Sitz im Bremer Landtag.

I. Zur Person des DVU-Abgeordneten Tittmann

Zunächst sei der Repräsentant der DVU in der Bremischen Bürgerschaft vorgestellt:

Das Handbuch der Bremischen Bürgerschaft, 15. Wahlperiode, gibt über Tittmann wie folgt Auskunft:

Geboren am 15. Mai 1954 in Leoben [Niederösterreich, d. A.] und verheiratet. Volksschule (Hauptschulabschluss). 1973 Abschluss der kaufmännischen Lehre als Einzelhandelskaufmann. Angestellter (Expedient) der Fa. Nolte & Co. Pressevertrieb³. Mitglied der DVU seit 1989. Stellvertretender Landesvorsitzender Bremen und Kreisvorsitzender Bremerhaven der DVU. Seit 1991 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven. Zunächst Fraktionsvorsitzender und seit 1995 Vorsitzender der DVU-Gruppe in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven⁴. Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) seit 28. Juni 1999.

Tittmann ist Mitglied der staatlichen Deputation für Sport, der Deputation für den Fischereihafen und im Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen⁵.

Auf der Homepage der Stadtverordnetenversammlung Bremerhavens⁶ erfährt man neben seinen politischen Interessen (Finanzen und Wirtschaft, Sport, Verfassung und öffentliche Sicherheit) auch einige private: Jiu-Jitsu 2 DAN, Karate und Kick-Boxen.

Auf der biografischen Internetseite der DVU⁷ ist zu erfahren, in welchen Gremien der Stadtverordnetenversammlung Tittmann tätig ist: „Im Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung, Sport-Freizeit, Peditionsangelegenheiten, Frauen/Bürgerbeteiligung und Ausländer“ [Rechtschreibung im Original, d. A.].

In einem offensichtlich gestellten Interview auf dieser DVU-Internetseite wird der Abgeordnete Tittmann mit persönlichen Meinungsäußerungen dargestellt, die seinen Bezug

³ Tittmann ist zurzeit für seine Abgeordnetentätigkeit beurlaubt („Ein Meter einundsechzig Populismus“, taz, 28.9.1999).

⁴ Hier ist das Handbuch leider nicht auf dem heutigen Stand, auch das Internetangebot der Bremischen Bürgerschaft ist mit Stand 2000 (<http://www.bremische-buergerschaft.de>; Zugriff: 14.1.2002) nicht aktueller: In der konstituierenden Sitzung der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig beschlossen, die im Ortsgesetz festgeschriebene Mindeststärke für das Erreichen des Fraktionsstatus von vier auf drei Abgeordnete zu reduzieren. „Ziel dieser Regelung: Der auf drei Sitze dezimierten Grünen Gruppe die Oppositionsarbeit zu erleichtern. (...) Die Koalitionsparteien hatten sich dazu nach Angaben ihrer Fraktionsvorsitzenden mit Bauchschmerzen durchgerungen. Sie seien an einer arbeitsfähigen Opposition interessiert gewesen, die zumindest ein Büro unterhalten kann. An die DVU hätten sie dabei nicht gedacht, ‚die leisten doch sowieso keine kommunalpolitische Arbeit‘, sagt SPD-Fraktionschef Klaus Rosche.“ („Grün und braun werden zu Fraktionen“, taz Bremen, 22.11.1999). Demzufolge ist Tittmann wieder Fraktionsvorsitzender, wie dies auch die Homepage der Seestadt Bremerhaven ausweist (<http://www.bremerhaven.de/stadt/>; Zugriff: 5.10.2001)

⁵ Die Aufteilung der Sitze in Ausschüssen und Deputationen ist nach dem „Wüppesahl-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 21.2.1989 (BVerfGE 80, 188 – Wüppesahl) so geregelt, dass ein Abgeordneter Anspruch auf ein Prozent aller zur Verfügung stehenden Sitze hat (bezogen auf die 100 Abgeordneten im Bremer Landtag). Die Bremische Bürgerschaft hat 10 Ausschüsse mit je 11 Sitzen und 11 Deputationen mit je 12 Sitzen, insgesamt also 242 zur Verfügung stehende Sitze. Gemäß mathematischer Ab- und Aufrundungsregeln hätte Tittmann erst ab 251 Sitzen 3 Sitze beanspruchen können, wurde demnach wohlwollend bedient.

⁶ <http://www.bremerhaven.de/stadt/stvv/tittmann.html>; Zugriff: 5.10.2001

⁷ www.dvu.net/Bremen_Bremerhaven/Biographie.html; Zugriff: 5.10.2001

zur Deutschen Volksunion zum Ausdruck bringen. Unter der Überschrift „Was fällt Ihnen zu Deutschland ein?“ ist Folgendes zu erfahren:

„Was verbindet Sie persönlich mit Deutschland?

- Mein Leben, meine Liebe, mein Glaube gehören Deutschland.

Welches Ereignis der deutschen Geschichte hätten Sie gern selbst erlebt?

- Ich habe es erlebt: Die Wiedervereinigung 1989/90.

Welche deutsche Leistung halten Sie für die größte der Geschichte?

- Den einmaligen und unübertroffenen Wiederaufbau Deutschlands durch unsere Trümmerfrauen sowie den Mut, den Willen und die Opferbereitschaft, die gesamte Leistung der Kriegs- und Nachkriegsgeneration.

Welche historische deutsche Politikerpersönlichkeit schätzen Sie am meisten?

- Bismarck, Ludwig Erhard.

Welchen Deutschen halten Sie für den bedeutendsten?

- In der Dichtkunst: Kurt Eggers, Goethe, Schiller; in der Musik: Johann Sebastian Bach, Beethoven, Richard Wagner; in der bildenden Kunst: Dürer, Arno, Breker; in der Wissenschaft: Robert Koch, Ferdinand Sauerbruch. [Schreibfehler im Original, d. A.]

Wen halten Sie für die größte soldatische Persönlichkeit der deutschen Geschichte?

- Oberst Rudel, Generalfeldmarschall Rommel, Generaloberst Dietl.

Welches deutsche Lied mögen Sie am liebsten?

- Das Deutschlandlied in allen drei Strophen

Was entgegnen Sie einem Deutschen, der von sich gibt: „Ich schäme mich, Deutscher zu sein“?

- Der arme Irre soll sofort aus Deutschland verschwinden, damit er uns mit seiner Anwesenheit und solchem Blödsinn nicht länger belästigt.

Was sagen Sie einem Deutschen, der äußert: „Ich bin stolz, Deutscher zu sein“?

- Gut so. Bin ich auch. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Wie lautet Ihr Ratschlag an das deutsche Volk?

- Ehre den deutschen Soldaten; das sind wir den noch lebenden sowie den toten auf immer und ewig schuldig! Den Glauben an Deutschland nicht verlieren! Nach dem Motto „Wir sind das Volk!“ friedlich und demokratisch für das Recht, die Freiheit und die Zukunft des ganzen deutschen Volkes kämpfen!“

Hierzu einige erläuternde Kommentare:

Unter den „bedeutendsten Deutschen“ nennt Tittmann zuerst den heute weit- hin unbekanntesten deutschen Dichter Kurt Eggers (1905-1943). Wird dieser in keinem aktuellen Lexikon geführt, finden sich allerdings Hinweise auf Eggers im Antiquariatskatalog „Faschismus & Nationalsozialismus“⁸, im „Illegal Online Bookshop“⁹ und im rechtsextremen Spektrum¹⁰. Nach diesem Dichter wurde eine Waffen-SS-Standarte¹¹ benannt. Tittmann zählt also einen ausgewiesenen Vertreter nationalsozialistischer Weltanschauung zu den bedeutendsten Deutschen.

⁸ Zum Beispiel im Zentralen Verzeichnis Antiquarischer Bücher, <http://www.zvab.com>; Zugriff: 16.2.2002

⁹ „1984 Press – The Illegal Bookshop“, <http://www.ety.com/1984/P.html>; Zugriff: 5.10.2001

¹⁰ „Kurt Eggers – Philosoph der DEUTSCHEN REVOLUTION“, http://www.npd.net/nhb/vf3_Eggers.html; Zugriff: 5.10.2001

¹¹ <http://feldgrau.com/ss-st-ke.html>; Zugriff: 15.1.2002

Unter den anderen für Tittmann bedeutenden Persönlichkeiten fällt außerdem der Bildhauer, Graphiker und Architekt Arno Breker (1900-1991) ins Auge, der sich erst 1981 deutlich vom Nationalsozialismus distanzierte¹².

Tittmann ist Sammler handsignierter Fotos von Ritterkreuzträgern¹³, was seine Auswahl der „größten soldatischen Persönlichkeiten“ erklärt: Rudel: „Goldenes Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes“, Rommel: „Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes“ und Dietl, der als Auszeichnung nur Eichenlaub und Schwerter (diese erst posthum¹⁴) zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes bekam. Eine nach Dietl¹⁵ benannte Bundeswehr-Kaserne wurde 1995 gegen den Widerstand vor allem von CSU-Politikern¹⁶ in Allgäu-Kaserne umbenannt¹⁷.

Das Deutschlandlied mit allen drei Strophen ist Tittmanns Lieblingslied. In der Bundesrepublik Deutschland wird nur noch die dritte Strophe gesungen. Die erste Strophe mit der Zeile „Deutschland, Deutschland über alles“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als unangemessen erachtet¹⁸.

Dieser Hintergrund allein erklärt schon ansatzweise das Auftreten Tittmanns in der Bremischen Bürgerschaft und hilft zu bewerten und einzuordnen.

¹² „Biographie: Arno Breker, 1900-1991“, Deutsches Historisches Museum Berlin, <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/BrekerArno>; Zugriff: 15.1.2002

¹³ „Ein Meter einundsechzig Populismus“, taz, 28.9.1999

¹⁴ Quellen: Klappentext zu Hans-Ulrich Rudel „Mein Leben in Krieg und Frieden“, <http://www.iolaos.com/scriptorium/deutsch/seiten/1109mein.html>; Zugriff: 14.1.2002 – „Ritterkreuze für Divisionskommandeure“, <http://www.das-ritterkreuz.de/divkdr.html>; Zugriff: 14.1.2002

¹⁵ „Da passiert es dann schon mal, daß mancher Wehrmachtsoberst als Namensgeber einer Bundeswehrkaserne für nicht mehr geeignet befunden wird: Als die Dietl-Kaserne in Füssen nach über 10jährigem Streit umbenannt wurde, begründete das Militärgeschichtliche Forschungsamt die Umbenennung damit, dass der Generaloberst Dietl, der „Held von Narvik“ (fast so schön wie „Wüstenfuchs“), nicht nur für Unmenschlichkeiten in Wehrmachtstraflagern verantwortlich war, sondern auch als Schinder entlarvt wurde, der seine Soldaten bei Murmansk in den Tod hetzte. Der Generalfeldmarschall kann deshalb kein Vorbild sein, weil er deutsche Soldaten „opferte“. aus: „Bußfertig obsiegen. Die Verbrechen der Wehrmacht und ihre Diskussion“, <http://www.nadir.org/nadir/periodika/bahamas/auswahl/web18.htm>; Zugriff: 14.1.2002

¹⁶ „Scharping nimmt Umbenennung von Kasernen in Angriff“, Berliner Zeitung vom 30.1.1999

¹⁷ „Nach Ritterkreuzträgern benannte Bundeswehr-Kasernen“, <http://www.das-ritterkreuz.de/bwkas.html>; Zugriff: 14.1.2002

¹⁸ „Am 11. August 1922, genau 81 Jahre nach seiner Entstehung, erhob die erste sozialdemokratische Regierung das ‚Lied der Deutschen‘ zur Nationalhymne. Allerdings wurde das Wort Nationalhymne dabei nicht verwendet. Reichspräsident Friedrich Ebert begründete dies auf einer Festansprache so: ‚Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; es soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten...‘ Kurzzeitig bekam das Lied in der Weimarer Zeit sogar eine vierte Strophe, die bald aber wieder in Vergessen geriet.

Gleichwohl muss es wohl als bittere Ironie der Geschichte wirken, dass damit gerade Sozialdemokraten Hitler die Staatshymne samt deren verhängnisvoll missbrauchter erster Strophe lieferten. Nur wenige Wochen nach ihrer Machtübernahme verschmolz die NS-Führung diese mit einem Kampfgesang der SA. Fortan erklang nach der ersten Strophe des Deutschlandliedes (die beiden anderen waren nun verboten) offiziell das Horst-Wessel-Lied.“ („Die Geschichte der Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland“, http://www.bundesregierung.de/wysiwyg://bpaContent.bpaMainFrameset.6...hte_der_Nationalhymne/ix6275_39780.html; Zugriff: 16.1.2002)

II. Urhebererschaft und Themenwahl für die Parlamentsreden Tittmanns

Wiederholt wurde der Verdacht geäußert, Tittmanns Anträge und Reden für die Bremische Bürgerschaft würden (immer noch) aus der DVU-Parteizentrale aus München kommen¹⁹. Bestätigend festgestellt werden konnte dies für die 13. Wahlperiode, als die DVU noch in Fraktionsstärke im Bremer Landtag vertreten war (*Grabler* 1992, *Grabler/Kuhn* 1993). Nach Ansicht des Vizepräsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Hermann Kuhn (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), trifft dies heute nicht mehr zu, die Diktion Tittmanns bezeuge eindeutig seine Handschrift. Auch die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass allenfalls Themen zentral vorgegeben werden. Für sein Verhalten im Parlament und für seine Reden erscheint Tittmann selbst verantwortlich.

Was Tittmann seit 1999 programmatisch im Bremer Landesparlament vertritt, entspricht dem 1994 bei der DVU erfolgten Kurswechsel (*Sartorius* 1994): Anstatt sich in verherrlichender und/oder bedauernder Weise mit der NS-Vergangenheit zu befassen, was auf potentielle Wähler abschreckend wirkte, bilden inzwischen Vorschläge unter der Parole „Deutschland den Deutschen“ den Schwerpunkt der politischen Agitation. Die neue Strategie umriss der DVU-Parteivorsitzende Dr. Gerhard Frey in der Deutschen Wochen-Zeitung folgendermaßen:

„Zu unseren großen Aufgaben der Zukunft gehören die Bewahrung des deutschen Nationalstaats, die Abwehr der Masseneinwanderung Fremder, insbesondere von Scheinasylanten, die Verhinderung einer Auslieferung unserer Souveränität in Währung, Außen- und Verteidigungspolitik an die sogenannte Europäische Gemeinschaft.“ (*Sartorius* 1994)

Getreu dieser Themenauswahl und Richtungsentscheidung bei der politischen Agitation der DVU konzentriert sich Siegfried Tittmann auf:

- Deutsches Volk und Nationalstolz,
- Abwehr von ausländischen Ansprüchen gegenüber Deutschland (Asylbewerber, Zwangsarbeiter),
- Staatsverständnis der DVU.

Diese behandelt er tendenziös mittels der

- Abgrenzung deutsch vs. nichtdeutsch,
- Gleichsetzung von nichtdeutsch = kriminell bzw. bedrohlich,
- Präsentation der DVU als einzige („demokratische“) Alternative im etablierten („undemokratischen“) Parteiensystem.

Diese Struktur durchzieht ausnahmslos die Redebeiträge Tittmanns, egal zu welchem Thema bzw. Tagesordnungspunkt er spricht.

Das allgemeine Ziel, über allen anderen, ist Werbung für die DVU: Fast gebetsmühlenartig wiederholt er sich in Formulierungen wie „im Namen“, „namens“ oder „als Vertreter der Deutschen Volksunion“. Selbst wenn ihm inhaltlich zu einem Thema nicht viel einfällt, ist er aber bestrebt, so oft wie möglich auf seine Partei hinzuweisen. Als Beispiel mag die Debatte um den Ausbau des Containerterminals IV gelten, wo er es schafft, in einem etwa dreiminütigen Redebeitrag neunmal die DVU unterzubringen:

¹⁹ In Zwischenrufen und Debattenbeiträgen der Bürgerschaftsfraktionen wird dieser Vorwurf im Untersuchungszeitraum immerhin elfmal erhoben.

„Ich als DVU-Abgeordneter stehe dazu und habe meinen damaligen Ausführungen in Bezug auf den Ausbau CT IV nichts mehr hinzuzufügen, denn, meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion steht ohne Wenn und Aber, immer und zu jeder Zeit zu ihrem gegebenen Wort.“ (PIPr 15/33, 22.2.2001, S. 2431)

III. Techniken Tittmanns beim Aufbau und Vortrag seiner Reden

„Meine Damen und Herren, die deutsche Sprache gehört zu den europäischen Sprachen mit den ältesten schriftlichen Zeugnissen. Sie ist über 1200 Jahre alt. Sie ist mehr als nur ein Mittel zur Verständigung, sie ist eines der höchsten Kulturgüter, Ausdruck des Empfindens und der Seele der Deutschen, und das soll auch so bleiben. Der Wahrung und dem Schutz der deutschen Sprache als Ausdruck nationaler Identität kommen deshalb eine herausragende Aufgabe zu. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem DVU-Antrag zuzustimmen und damit ein Zeichen gegen die bewusste Verhöhnung unserer Muttersprache zu setzen. – Ich bedanke mich!“ (Abgeordneter Tittmann, PIPr 15/20, 5.7.2000, S. 1475 f.)

Tittmanns eigener Sprachgebrauch ist jedoch gekennzeichnet von einer Härte und Rücksichtslosigkeit, die schon als gewalttätig bezeichnet werden muss. Nur wenn es um die von ihm geliebten Tiere geht, bedient sich Tittmann einer lyrisch anmutenden Sprache (die dann aber auch von einem Lyriker entliehen ist, siehe unten):

„Darum sage ich Ihnen ganz klar und deutlich, ganze Zeitalter voll Liebe werden notwendig sein, um den Tieren ihre Dienste und Verdienste an uns Menschen zu vergelten.“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 716)

und begibt sich von seiner üblichen Redeposition als schimpfender Erziehungsberechtigter („Sie sollten sich die Worte des Tierschutzpräsidenten hinter die Ohren schreiben“, PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 526) mit der „inständigen Bitte“ in eine schon unterwürfig zu nennende Haltung:

„Aus dieser Verantwortung heraus bitte ich Sie inständig, stimmen Sie überparteilich zum Wohl und zum Schutz der Tiere diesem Antrag der Deutschen Volksunion zu, denn wir sind es ihnen wirklich mehr als schuldig!“ (PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 526)

1. Techniken beim Aufbau der Reden

Tittmann baut seine Reden in der Regel so auf, dass er zunächst sachlich und im Ton gemäßigt beginnt, vermeintliche Daten und Fakten nennt, deren Quellen jedoch meist verschwiegen werden, und sich dann im Ton allmählich steigert. In seinem zweiten Redebeitrag, den er nach der (Gegen)Rede einer/s anderen Abgeordneten folgen lässt, steigert er sich dann zu einer verbalen Generalabrechnung. Diese enthält dann alle Schattierungen von Beschimpfungen und Beleidigungen²⁰.

Oft beginnt Tittmann seine Reden damit, dass er vollständig den Titel des Tagesordnungspunktes inklusive Urheber und Drucksachenummer angibt. Dies tut er allerdings nur, wenn er in einer Plenardebatte nicht als Erster spricht. Da die Landtagsdebatten im lokalen Rundfunk übertragen werden, mag es dem Abgeordneten Tittmann wichtig sein, dass die Hörerinnen und Hörer wissen, wozu er seine Stimme erhebt.

²⁰ Als ein Beispiel von vielen mag die Rede zu seinem Antrag „Für verbesserte Familienförderung“ (Drs. 15/179) dienen (PIPr 15/11, 23.2.2000, S. 791-793).

Tittmann wählt häufig Themen für seine Anträge, die mit dem Land Bremen wenig zu tun haben. Aber selbst wenn er zu einem Thema spricht, das sich mit dem Bundesland befasst, führt er Beispiele aus der gesamten Bundesrepublik an, um seine ablehnende Haltung zu einem Bremer Thema zu begründen. Als Beispiel hierfür aus der Debatte zur Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Konsequente Vorbeugung und Verfolgung von Korruption“ (Drs. 15/524):

„So erinnere ich auch an die SPD-Frau Wulf-Mathies, die mit den ganzen Brüssler Korruptionsbanden der EU-Kommission zurücktreten musste, oder auch an Herrn Wissmann, CDU-Minister unter Kohl, sei hier gedacht. Gegen diese Politgrößen wurde ein gerichtlicher Strafbefehl wegen steuerrechtswidriger Wahlkampfkostenhinterziehung erlassen. Meine Damen und Herren, nicht zu vergessen auch der saubere langjährige FDP-Chef Graf Lambsdorff, der vom Bonner Landgericht wegen gigantischer Steuerhinterziehung zu 180 000 DM verurteilt wurde! Vielleicht setzte ihn ja die rotgrüne Bundesregierung gerade wegen derartiger einschlägiger Fähigkeiten als Beauftragten für die so genannten Zwangsarbeiterentschädigungen ein. In dieser Position konnte er nämlich auf Kosten und zu Lasten der Steuerzahler und der Wirtschaft in weitaus größeren Dimensionen klotzen, denn bekanntlich werden in Deutschland nicht weniger als zehn Milliarden DM erpresst. Sein Parteifreund, der ehemalige Landesvorsitzende und Fraktionschef der Freien Demokraten in Rheinland-Pfalz, Scholl, wählte zum Zweck der Bereicherung eine andere Praxis. Wegen bewaffneten Überfalls auf ein Juweliergeschäft wurde er in Folge zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Meine Damen und Herren, moralischer Verfall im wahrsten Sinne des Wortes stellt auch CDU-Mann Wohlfahrt als Abgeordneter und Schatzmeister seiner Partei in Sachsen-Anhalt unter Beweis. Er hatte einen Killer angeheuert, um einen Gläubiger zu beseitigen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Thema zu sprechen! Wir sind hier wirklich liberal in diesem Haus, aber wir haben ein Thema, Große Anfrage „Korruption im Lande Bremen“, und ich bitte Sie herzlich, zum Thema zu sprechen!

Abg. Tittmann (DVU): Sehr gern, Herr Präsident! Das ist genau zum Thema! Trefender geht es nicht mehr! Schon diese wenigen Fälle zeigen, in welchem Ausmaß Anstand und Moral unter etablierten Politikern auf den sprichwörtlichen Hund gekommen sind, meine Damen und Herren. Das wird auch an dem jüngsten Skandal deutlich. Da soll zum Beispiel der Oberbürgermeister von Saarbrücken, SPD, Hauptmann, Präsident des Deutschen Städtetages, Leistungen von rund 50 000 DM beim Bau seines luxuriösen Privathauses rechtswidrig abgezockt haben.“ (PIPr 15/32, 21.2.2001, S. 2383 f.)

In diesem Beispiel wird deutlich, wie Tittmann sowohl seine bevorzugten Themen als auch die damit im Sinne der DVU gewünschten politischen Botschaften in der Bremer Bürgerschaft platziert. Er benutzt hier ein Forum zur gezielten Agitation mit debattenfremden Aussagen.

Des weiteren nutzt oder schafft er sich Gelegenheiten, um historische Fakten aus der Zeit der Nazi-Diktatur in Zweifel zu ziehen oder zu relativieren:

„Frau Senatorin, würden Sie mir inhaltlich Recht geben, wenn ich mit den Worten von Kanzler Adenauer behaupte, die Soldaten der Waffen-SS waren Soldaten wie andere auch?“ (PIPr 15/34, 21.3.2001, S. 2521)

Selbstverständlich ist es nicht einfach, zu häufig wiederkehrenden Themen immer etwas Neues zu sagen. Tittmann löst das Problem, indem er sich einfach wiederholt – was er bei seinen eigenen Anträgen zum Tierschutz praktiziert, aber auch bei diesem Beispiel zum Thema Verfassungsschutz:

„Hierzu stellt der legendäre deutsche Abwehrchef General Gehlen fest, nun hören Sie bitte genau zu: ‚Es ist schon verwunderlich, was für Leute es zum Teil in leitenden Stellen bei deutschen Behörden zu etwas gebracht haben, und dazu

noch in einer solchen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich ist.“ (PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 530)

„Hierzu stellt der persönliche Freund unseres Bundesvorsitzenden Dr. Frey, der legendäre deutsche Abwehrchef und Begründer des BND, General Gehlen, fest: „Es ist schon verwunderlich, was für Leute es zum Teil in leitenden Stellen bei deutschen Behörden zu etwas gebracht haben, und dazu noch in einer solchen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich ist.“ (PIPr 15/20, 5.7.2000, S. 1462)

Das hier gewählte Beispiel zeigt nicht nur Tittmanns Textbaustein-Recycling, sondern beinhaltet auch eine Mischung seiner bevorzugten Themen und deren Präsentation: Die innere Sicherheit liegt der DVU und ihren „Freunden“ mehr am Herzen als den dafür aktuell zuständigen Personen.

Seine Redebeiträge sind weniger auf die Auseinandersetzung mit anderen Bürger-schaftsmitgliedern gerichtet. Statt regelmäßiger inhaltlicher Bezugnahmen auf die Beiträge anderer Redner, sind seine Reden in sich abgeschlossene Texte mit DVU-Botschaften, die oft mit aktuellen Bürgerschaftsthemen wenig gemeinsam haben; so eignen sie sich für Veröffentlichungen in Parteiorganen („Nationalzeitung“, „Deutsche Wochenzeitung“) oder im Internet, wie zum Beispiel auf der DVU-Homepage und anderen rechten Webseiten. Dieses vorrangige Interesse erklärt auch die häufig zu Tage tretende mangelhafte Vorbereitung Tittmanns, die sich beispielsweise am fehlenden Studium der Gesetzeslage zeigt, wie etwa bei seinem Antrag „Für umfassenden Tierschutz“ (Drs. 15/96):

„Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Guten Morgen, Herr Tittmann! Das, was Sie verlangen und fordern in Ihrem Antrag, steht bereits in der Verfassung!“ (PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 526)

Was sich in seinem Antrag „Tierschutz im Grundgesetz verankern“ (Drs. 15/160) fortsetzt:

„Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen): (...) Jetzt soll das Land Bremen eine Initiative im Bundesrat in Richtung Grundgesetz starten. Wieder dumm gelaufen, denn am 19. Januar 1999 haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag eingebracht, der auf eine Regelung genauso wie in Bremen zielt, und im Februar 1999 hat der Bundesrat auf Antrag von Rheinland-Pfalz einen Antrag verabschiedet — also genau das, was Sie fordern, ist bereits im Februar 1999 passiert —, der ähnlich wie in Bremen die Verpflichtung vorsieht, „Tiere als Mitgeschöpfe zu achten und sie im Rahmen der Gesetze vor vermeidbaren Leiden und Schäden zu schützen“, soweit das Zitat, um so die staatliche Gewalt auf eine gleichberechtigte Berücksichtigung, nämlich durch Abwägung dieses Zieles, neben anderen Zielen zu gewährleisten!“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 716)

Demnach geht es Tittmann um populistisch nutzbare Themen, die Auseinandersetzung um der Sache willen spielt für ihn keine Rolle.

2. Techniken beim Vortrag der Reden

Übertreibungen

Tittmann neigt zu Übertreibungen, wenn es darum geht seine Aussagen zu erhöhen, seine politischen Gegner in ein schlechtes Licht zu stellen oder fehlendes Zahlenmaterial zu überspielen (Abertausende, Abermillionen, gigantische Summen)²¹. Dabei versteigt er sich sogar zu völlig unrealen Aussagen:

²¹ „Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen): (...) Wenn wir seinen Antrag sehen, dann ist er von keiner Sachkenntnis getrübt. Ich lese nur einmal anderthalb Zeilen vor: ‚Im Bewusstsein der Tatsache, dass jährlich Hunderte von Milliarden DM eingespart werden könnten‘ — —. Jährlich Hunderte von Milliarden! Der

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volksunion kämpft für den Erhalt eines jeden einzelnen Arbeitsplatzes in Bremerhaven. (PIPr 15/16, 11.5.2000, S. 1140)

Zitieren

Gerne und oft greift Tittmann in seinen Zitatenschatz, um berühmte Philosophen und Dichter²² als „Kronzeugen“ bzw. Leumund für seine Ansichten zu benutzen. Das gleiche gilt für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, meist Politiker²³, hinter denen er sich verstecken kann und mit deren Aussagen er entweder sie selbst bzw. ihre Parteivertreter in der Bürgerschaft diffamiert oder sich aufwertet. Tittmann untermauert seine Aussagen auch durch Zitate von Wissenschaftlern²⁴.

Allerdings lässt Tittmann manche Zitate einfach in seine Reden einfließen, ohne die Urheber zu nennen, zum Beispiel:

„Darum sage ich Ihnen ganz klar und deutlich, ganze Zeitalter voll Liebe werden notwendig sein, um den Tieren ihre Dienste und Verdienste an uns Menschen zu vergelten.“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 716)

Dieses ist das nicht getreu wiedergegebene Zitat von Christian Morgenstern:

„Ganze Weltalter voll Liebe werden notwendig sein, um den Tieren ihre Dienste und Verdienste an uns zu vergelten.“

Oder er verändert die Zitate so, dass sie seinen Ansichten noch besser entsprechen:

„Kein größerer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man ihr den Nationalcharakter, die Eigenheit ihres Geistes und ihrer Sprache, nimmt oder raubt.“ (PIPr 15/20, 5.7.2000, S. 1475)

Der Satz ist ein Zitat von Kant, allerdings fehlt dort die Hinzufügung „oder raubt“, womit Tittmann die Aussage verschärft. Ein weiteres Beispiel:

„Gefördert wird der **Massenzustrom**, laut Vorhersage von IFO-Chef Hans-Werner Sinn, nicht nur durch die im Vergleich zu Osteuropa höheren Löhne in Deutschland, sondern auch durch künstliche Wanderungsanreize, die der deutsche Sozialstaat schafft. Weiter heißt es, der deutsche Staat übe für Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation oder Bauarbeiter mit Billiglöhnen eine Magnetwirkung aus. Meine Damen und Herren, durchgreifende Maßnahmen seien erforderlich, um ein erhöhtes und verzerrtes Wanderungsvolumen, das zu einer Erosion des Sozialstaates führe, von vornherein **abzuwehren**, empfiehlt das IFO-Institut.“ (PIPr 15/35, 22.3.2001, S. 2654; Hervorheb. d. A.)

Bundshaushalt beträgt um die 500 Milliarden DM. Den will er offensichtlich komplett einsparen!“ (PIPr 15/19, 8.6.2000, S. 1364)

²² Franz von Assisi, Immanuel Kant, Friedrich Schiller, Christian Morgenstern, Pythagoras, Friedrich Hegel (Das Zitat „Man kann wohl fragen, was wäre der Mensch ohne die Tiere, aber nicht umgekehrt, was wären die Tiere ohne die Menschen.“ [PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 525], ist allerdings nicht von Hegel, sondern von Friedrich Hebbel. Es ist nicht festzustellen, ob der Fehler Tittmann oder dem Protokolldienst der Bürgerschaft unterlaufen ist.)

²³ Unter anderen: die Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Konrad Adenauer, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, US-Admiral Thomas Moore, Kanzler-Gattin Doris Schröder-Köpf, der ehemalige Präsident der Jewish Claims Conference Nahum Goldman, der ehemalige Präsident des Bundesnachrichtendienstes Reinhard Gehlen, der Präsident des Deutschen Tierschutzvereins Wolfgang Apel, der Vorsitzende der Bremer Gewerkschaft der Polizei Dieter Oelschläger, Gründungsmitglied der CDU Ernst Lemmer, Bundeskanzler Gerhard Schröder, der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer, Bundesinnenminister Otto Schily, Wolfgang Zeitlmann CSU-MdB, Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm

²⁴ Unter anderen: Prof. Dr. Theodor Maunz, Prof. Irenäus Eibl-Eibesfeld, Prof. Dr. Schmidt von der Universität Bamberg, der Leiter des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Rolinski von Universität Regensburg, der Berliner Erziehungswissenschaftler Merken, der israelische Geschichtswissenschaftler Jellinek, Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, der Leiter des Vereins für Deutsche Sprache Prof. Walter Krämer

Hans-Werner Sinn sagt nicht „Massenzustrom“, sondern „Migrantenstrom“ und nicht „abwehren“, sondern „vermeiden“ (Der Spiegel²⁵).

Abschreiben

Dieses letztgenannte Beispiel weist auch auf Tittmanns Angewohnheit hin, seine Reden aus verschiedenen Veröffentlichungen abzuschreiben. Fast die ganze Rede zu seinem Antrag „Absage an die EU-Osterweiterung“ (Drs. 15/643) ist ein Konglomerat aus dem oben genannten Spiegel-Artikel und der Februar-Ausgabe der „Nachrichten der Deutschen Volkunion im Landtag Brandenburg“²⁶. Insbesondere seine Erwähnung einer Uno-Studie lässt auf interne DVU-Kommunikationswege schließen, denn sie taucht im Spiegel-Artikel nicht auf.

Tittmann zitiert aus vielen Publikationen²⁷, jedoch benennt er nicht immer die Quelle oder er flicht mehr vom Original in seine Reden ein, als er als Zitat kennzeichnet. So ist die Rede zu seinem Antrag „25-Prozent-Anteil des Investitionssonderprogramms für Bremerhaven!“ zu weiten Teilen aus Artikeln der Nordsee-Zeitung (21.6.2000, 23.2.2001, 17.3.2001, 23.3.2001) zusammengeschnitten (deshalb klingt diese Rede auch so moderat). So wirkt es wie der reine Hohn, wenn er am Ende den Bremerhavener Grünen vorwirft, sie hätten seinen Antrag abgeschrieben (PIPr 15/37, 17.5.2001, S. 2806-2808).

Einmal zitiert er ohne Hinweis wortwörtlich das DVU-Parteiprogramm:

„Es ist nämlich zwingend erforderlich, dass im Einklang mit dem Sittengesetz und der Verfassung der Schutz des ungeborenen Lebens gefordert wird. Meine Damen und Herren, Hunderttausende Kinder werden Jahr für Jahr in der Bundesrepublik Deutschland abgetrieben, auch unter Inanspruchnahme öffentlicher Kassen. Gleichzeitig fehlen jährlich Hunderttausende von Geburten in ganz Deutschland zum Erhalt des deutschen Volkes und zur Sicherung unserer Zukunft.“ (PIPr 15/37, 17.5.2001, S. 2804)

Zum Vergleich das Original:

„Im Einklang mit dem Sittengesetz und der Verfassung fordern wir den Schutz des ungeborenen Lebens. Hunderttausende Kinder werden Jahr für Jahr in der Bundesrepublik Deutschland abgetrieben, auch unter Inanspruchnahme öffentlicher Kassen. Gleichzeitig fehlen jährlich Hunderttausende Geburten in der Bundesrepublik zur Erhaltung des deutschen Volkes und zur Sicherung unserer Zukunft.“ (DVU-Parteiprogramm, Abschnitt 4 „Familien- und kinderfreundliche Politik“, pdf-download von www.dvu.net, Zugriff: 13.1.2002)

Auch die Rede zu seinem Antrag „Gegen das Vergessen des Leidens deutscher Zwangsarbeiter“ (Drs. 15/386) ist nur eine modifizierte Fassung eines Beitrags im Regensburger Bistumsblatt (Nr. 5 vom 25. Januar 2000), das Tittmann allein an einer Stelle ausdrücklich zitiert (PIPr 15/21, 6.7.2000, S. 1546). Dies ist aber nicht nur ein Beispiel dafür, dass Tittmann gerne abschreibt, sondern zugleich dafür, welcher politischen Couleur seine Quellen sind: Bei den Internet-Recherchen zur Überprüfung der Zitate fällt auf, dass bei vielen Aussagen, die Tittmann für seine Zwecke nutzt, die Suche fast immer zu nationalistischen, rechtsextremen oder NS-verherrlichenden Seiten führt²⁸. So findet sich die von

²⁵ Der Spiegel, 19.2.2001, <http://www.ifo.de/orcl/dbssi/Spiegel19-02-01.html>; Zugriff: 9.1.2002

²⁶ <http://www.dvu-fraktion-brandenburg.de/Zeitung/z02-2001/zk-2001-02.pdf>, Zugriff: 9.1.2002

²⁷ Unter anderem: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Deutsche Nationalzeitung, die tageszeitung, Der Spiegel, Frankfurter Rundschau, Nordsee-Zeitung, Weser-Kurier, Bremer Nachrichten, Bild-Zeitung, Focus, Israel-Nachrichten, Hürriyet sowie diverse Fernsehsendungen

²⁸ Die Recherche in der Suchmaschine Google nach den Stichwörtern „Regensburger Bistumsblatt“ und „Zwangsarbeiter“ am 7.12.2001 führte unter anderen zu folgenden Seiten: Die Republikaner Bremen

Tittmann zitierte Aussage des US-Admirals Thomas Moore, „'Wenn das amerikanische Volk wüsste, wie diese Leute' – er meint damit die Israelis – ‚unsere Regierung im Griff haben, würde es hier einen Aufstand geben!'“ (PIPr 15/27, 16.11.2000, S. 2010), einzig auf der Homepage von Radio Islam des in Schweden ansässigen „Freiheitskämpfers Ahmed Rami²⁹, auf der als Downloads Hitlers „Mein Kampf“ wie auch der „Leuchter-Report“ und anderes revisionistisches, den Holocaust leugnendes Material angeboten wird. Die gleiche „rechte Trefferquote“ bei Internet-Recherchen ergibt sich auch beim Stichwort „Verbrecheralbum“ für die Aussage von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, die deutsche Geschichte bestehe nicht nur aus einem Verbrecheralbum (PIPr 15/3, 22.9.1999, S. 186) oder für die von Tittmann nicht korrekt wiedergegebene Aussage Nahum Goldmanns:

„Nahum Goldmann, in den fünfziger Jahren Präsident der Jewish Claims Conference, äußerte sich bereits 1973 wie folgt: „In Wirklichkeit zahlte Deutschland zwölf- bis vierzehnmal mehr, als wir errechnet haben.“ Meine Damen und Herren, man kann also dem deutschen Volk nicht vorwerfen, kleinlich gewesen zu sein.“ (PIPr 15/3, 22.9.1999, S. 189)

Dieser letzte Nebensatz gehört allerdings noch zum Zitat von Goldmann:

„In Wirklichkeit zahlte Deutschland bis zum heutigen Tage [1976] sechzig Milliarden, und die Gesamtsumme wird sich auf achtzig Milliarden belaufen, also zwölf- bis vierzehnmal mehr, als wir damals errechnet hatten ... Man kann also den Deutschen nicht vorwerfen, kleinlich gewesen zu sein und ihre Versprechen nicht gehalten zu haben.“ (Nahum Goldmann, Das jüdische Paradox, Athenäum, Frankfurt 1988, Seite 176, zitiert nach: National Journal, <http://www.globalfire.tv/nj/d99/juden/labourpay-d.htm>, Zugriff 25.10.2001)

Methode hat aber auch Tittmanns Vorwurf, es würde von ihm abgeschrieben, wie folgendes Beispiel zeigt:

„Selbstverständlich werde ich dem Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/636, ‚Aus den Affenversuchen wieder aussteigen!‘, uneingeschränkt zustimmen. Zumal dieser Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen fast wortgleich mit dem von mir schon vor einem Monat eingebrachten DVU-Antrag ‚Schluss mit Tierquälereien an der Bremer Universität‘ identisch ist, kann ich mich also diesbezüglich jetzt auch kurz fassen. Meine Damen und Herren, wenn ich damit auch dazu beitragen sollte, dass die Abgeordneten vom Bündnis 90/Die Grünen hier endlich einmal wirklich effektive Arbeit leisten, indem sie zuerst die Anträge der Deutschen Volksunion hier scheinheilig ablehnen, sie dann aber einen Monat später fast den gleichen DVU-Antrag wortwörtlich abgekupfert hier wieder einbringen, so soll es mir auch recht sein, (...) Ich werde selbstverständlich meinem damaligen und fast wortgleich hier eingebrachten Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen uneingeschränkt zustimmen.“ (PIPr 15/35, 22.3.2001, S. 2598 f.)

Der Antrag „Aus den Affenversuchen wieder aussteigen!“ von Bündnis 90/DIE GRÜNEN lautet wie folgt:

Nach sehr kontroverser öffentlicher Debatte hat die Universität Bremen vor drei Jahren mit Versuchen an Primaten begonnen. Von Seiten des Senats und der Leitung der Universität ist dabei stets erklärt worden, dies sei nur vorübergehend

(http://www.rep-bremen.de/Local%20Publish/Quergedacht/Zwangsarbeit/body_zwangsarbeit.htm), Die Republikaner Limburg (http://home.t-online.de/home/rep_fraktion-limburg-weilburg/aktuell.htm#ak290500), zum rechten Organ „Unabhängige Nachrichten“ (www.un-archiv.de/PDF-Dateien/Zeitung/un-06-00.pdf), dem NPD-Kreisverband Spreewald (<http://www.kv-spreewald.net/aktuelles/zwangsarbeit.htm>) und der mit der REP-Bremen-Seite fast identischen Adresse http://www.nordseefeuer.de/Zwangsarbeit/body_zwangsarbeit.htm.

²⁹ „Wüsste das amerikanische Volk, welche Macht diese Menschen über unsere Regierung haben, so brähe ein bewaffneter Aufstand aus.“ (<http://abbc.com/historia/zion/sionism/19.htm>, Zugriff: 6.1.2)

geplant und nur in der Absicht, aus solchen Versuchen wieder aussteigen zu können. In der Folge sind die Forschungsvorhaben des betreffenden Wissenschaftlers unterstützt sowie ein Neubau für seine Zwecke errichtet worden, der in diesen Tagen fertig gestellt wird. Im Mai 2001 läuft die Genehmigung für die Experimente an Primaten aus, ein Folgeantrag ist angekündigt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen neuen Antrag auf Durchführung von Experimenten an Primaten einer öffentlich zugänglichen Bewertung durch unabhängige Sachverständige zu unterziehen. Dabei müssen die bisherigen Ergebnisse der Primatenexperimente ebenso bewertet werden wie die Ergebnisse alternativer Forschungsmethoden und die Planungen der Universität zum Einsatz solcher Methoden in Bremen. In der Bremischen Landesverfassung ist inzwischen der Tierschutz als Verfassungsgebot verankert worden.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Universität und der Senat alle Handlungsspielräume ausschöpfen, um die Experimente an Primaten in Bremen so bald als möglich zu beenden.

Tittmanns Antrag „Schluss mit Tierquälereien an der Bremer Universität“ (Drs. 15/608) hat folgenden Wortlaut:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Bremer Senat wird aufgefordert, keine weiteren Genehmigungen für Affenversuche an der Bremer Universität zu erteilen.

Da die Vorlagen für die Parlamentsdebatten nicht verlesen werden, können die ZuhörerInnen auf der Tribüne wie die RundfunkhörerInnen die Behauptung, die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe von der DVU abgeschrieben, nicht überprüfen.

Beleidigen, diffamieren, pöbeln, drohen

Um seine und DVU-Positionen in ein besseres Licht zu rücken und von denen der anderen Fraktionen abzugrenzen, bedient sich Tittmann regelmäßig der Beleidigung, Diffamierung, des Pöbelns und Drohens. So scheut Tittmann vor keinen Verbalinjurien zurück, Einzelpersonen des öffentlichen Lebens zu beleidigen:

„Rein zufälligerweise habe ich hier ein Foto von den Grünen von 1979 zur Hand. Es zeigt sie Hand in Hand mit wahrlich wahren Spezien und Paradebeispielen vorbildlicher Kämpfer unserer Demokratie, meine Damen und Herren, wie zum Beispiel Rudi Dutschke und weiteren unansehnlichen Typen.“ (PIPr 15/9, 26.1.2000, S. 646)

„... beratend mit Professor Hickel, der in seinem ganzen Leben wahrscheinlich noch nie eine müde Mark selbst verdient hat, sondern nur vom Staat gelebt hat“ (PIPr 15/31, 25.1.2001, S. 2337)

„Ja, ich möchte doch gern einmal den jüdischen Gutmenschen vom Zentralrat der Juden, Herrn Spiegel, fragen“ (PIPr 15/27, 16.11.2000, S. 2013)

„Wir sind ja hier im Land Bremen schon wahrlich gesegnet mit Paradebeispielen und Schmuckstücken grüner Politik wie zum Beispiel Ex-Senator Fücks, Herrn Thomas und so weiter, die den typischen Werdegang und die Karriere der Grünen gegangen sind, bis 50 studieren, sich dazwischen auf Kosten der Steuerzahler bei den kommunistischen Gruppen ausgetobt haben und jetzt hier die großen Demokraten spielen.“ (PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 544)

In der direkten parlamentarischen Auseinandersetzung mit seinem politischen Gegnern Tittmanns Tiraden regelmäßig in Pöbeleien aus,

„Ja, kommen Sie nach vorn, und dann diskutieren wir das hier oben! Wer das meint, sollte sein Gehirn wegen unterlassener Hilfeleistung verklagen!“ (PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 528)

„Aber Sie diskutieren wieder vollkommen niveaulos am Thema vorbei! Ich habe ja Verständnis, dass von Ihrer Seite nichts kommt, wer eben kein Niveau hat, mit dem kann man auch nicht niveauvoll diskutieren. Das ist mir vollkommen klar. Die DVU jedenfalls lässt es sich nicht nehmen, auch von Ihnen nicht, die wichtigen gesellschaftspolitischen Probleme anzusprechen und dringende Lösungen zu benennen und aufzuzeigen. Ich sage ganz klar und deutlich, wer dazu nicht in der Lage ist, hat in einem Landesparlament nichts zu suchen. Ich habe bei den so genannten demokratischen Fraktionen das Gefühl, dass ab der zweiten Sitzreihe die Damen und Herren dort nur als Dekoration sitzen.
(Abg. Töpfer [SPD]: Beleidigen Sie nicht das Parlament!)
Herr Töpfer, Sie kann man doch gar nicht beleidigen, ich bitte Sie!“ (PIPr 15/27, 16.11.2000, S. 2015)

in Diffamierungen

Frau Senatorin Adolf, er reicht eben nicht, dass Sie hier immer herumlaufen, als wären Sie die leibhaftige Mutter Theresa persönlich, ich fordere Sie an dieser Stelle auf, denn im Aktionsbündnis kann ich das ja nicht mehr, werden Sie endlich Ihrer politischen Verantwortung zum Schutz unserer Kinder gerecht, und vergeuden Sie Ihre kostbare Zeit nicht damit, nicht ernst zu nehmende Klüngelrunden für Auserwählte ins Leben zu rufen! Erst dann kann man Sie als Senatorin endlich einmal wieder ernst nehmen.“ (PIPr 15/34, 21.3.2001, S. 2569 f.)

und in Drohungen:

„Ja, Ihnen wird das Lachen noch vergehen, meine Damen und Herren! Sie werden noch einmal froh sein, wenn Sie die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, das kann ich Ihnen sagen!“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 718)

„Aber, meine Damen und Herren, machen Sie so weiter! Die Quittung bekommen Sie bei der Wahl. Für jeden neugewählten DVU-Abgeordneten, und es werden noch einige mehr werden, muss einer der etablierten Skandalprofis hinaus.“ (PIPr 15/10, 21.1.2000, S. 721)

„Eine Tages, meine Damen und Herren, wenn sich der kleine Mann auf der Straße es nicht mehr gefallen lässt, von multikulturellen jugendlichen Banden drangsaliert zu werden, wird die Bevölkerung friedlich und demokratisch aufstehen, und sie wird den Damen und Herren von den Grünen ganz deutlich machen, dass Deutschland die Heimat der Deutschen ist und dass das auch so bleiben wird.“ (PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 544)

IV. Themenauswahl und rhetorische Mittel bei der politischen Agitation

Wie schon in Kapitel II beschrieben, konzentriert sich Tittmann in seinen Parlamentsbeiträgen auf die Themen Deutsches Volk und Nationalstolz, Abwehr von ausländischen Ansprüchen gegenüber Deutschland (Asylbewerber, Zwangsarbeiter) und Staatsverständnis der DVU, die er tendenziös mittels der Abgrenzung deutsch vs. nichtdeutsch (Ausländer), der Gleichsetzung von nichtdeutsch = kriminell bzw. bedrohlich sowie der Präsentation der DVU als einzige („demokratische“) Alternative im „etablierten (undemokratischen“) Parteiensystem behandelt. Sowohl zwischen den Themen als auch dem Einsatz der bevorzugten Stilmittel bzw. rhetorischen Elemente sind die Grenzen fließend. Die nachfolgende Themenauswahl verdeutlicht dies anschaulich:

Deutsches Volk versus Ausländer

An erster Stelle des Zwölf-Punkte-Parteiprogramms der Deutschen Volksunion steht die „Bewahrung der deutschen Identität“³⁰. Demzufolge bilden Deutschland und das deutsche Volk in Tittmanns Diktion und Denken den Gegenpol zu Ausländern, dem er entsprechend hohe Aufmerksamkeit widmet. Er stellt acht Anträge in der Bürgerschaft, die „völkischen“ Themen zuordenbar sind. Auch seine Wortwahl zeigt eindeutige Priorität für deutsche Belange: Die Worte (in Kombinationen) „Bevölkerung“, „Bürger“, „deutsch“, „Deutsch/e/r“, „deutscherseits“, „Deutschland“, „deutschfeindlich“, „national“ und „Volk“ fallen in den 92 Debatten 506 mal (dabei nicht mitgezählt die Kombination „Deutsche Volksunion“ und DVU)!

Tittmann legt Wert darauf, in Abgrenzung zu allem „Nichtdeutschen“ und Ausländern zu betonen, dass ihn „das Deutsche“ umtreibt. So geht es ihm um:

„deutsche Altersgenossen, deutsche Arbeitnehmer, deutsche Autofahrer, deutsche Bauarbeiter, deutsche Bauern, deutsche Behörden, deutsche Bevölkerung, deutsche Bildungseinrichtungen, deutsche Bürger, deutsche Bundeswehr, deutsche Entschädigungsleistungen, deutsche Erwachsene, deutsche Familie/n, deutsche Frauen und Kinder, deutsche Gelder, deutsche Häfen, deutsche Industrie, deutsche Interessen, deutsche Jugend, deutsche Kinder und Jugendliche, deutsche Kriegsgefangene, deutsche Leistungen, Deutsche Mark, deutsche Mitbürger, deutsche Nation, deutsche Nettoleistungen, deutsche Opfer, deutsche Politik, deutsche Politiker, deutsche Presseorgane, deutsche Rechte, deutsche Schüler, deutsche Selbständige, deutsche Sprache, deutsche Staatsangehörigkeit, deutsche Steuergelder, deutsche Steuerzahler, deutsche Straßen, deutsche Streitkräfte, deutsche Truppen, deutsche Unternehmen, deutsche Werften, deutsche Zivilisten, deutsche Zwangsarbeiter, deutscher Abwehrchef, deutscher Arbeitsmarkt, deutscher Bedarf, deutscher Bruttobeitrag, deutscher Nachwuchs, deutscher Nationalstaat, deutscher Sozialstaat, deutsches Deutschland, nationale Aufgaben, nationale Besinnungslosigkeit, nationale Deutsche, nationale Eigenart, gesunder und normaler Nationalstolz, natürlicher und selbstverständlicher Nationalstolz, verdienter Nationalstolz, vernünftiger Stolz, normales Nationalbewusstsein, Nationalcharakter, deutsches Volk, Angehörige unseres Volkes, Bestand unseres Volkes, Erhalt des deutschen Volkes, junge Menschen unseres Volkes, Ordnungszelle des Volkes, Stimme des Volkes“

Gebraucht Tittmann die Worte „Eindeutschung“, „Germanisierungswelle“³¹, „Umvolkung“³² und „Ordnungszelle“, so bedürfen diese heutzutage ungebräuchlichen Worte einer historischen Einordnung:

³⁰ „1. Bewahrung der deutschen Identität

Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben. Dem deutschen Volk müssen die gleichen Rechte zustehen wie allen anderen Völkern auch. Dies schließt das Recht auf das angestammte Land, die nationale Identität und volle Selbstbestimmung ein. So ist auch am besten dem Frieden in der Welt zu dienen, wie es unsere Verfassung proklamiert.

Daraus folgt: Begrenzung des Ausländeranteils, Stopp dem zunehmenden Ausländerzustrom, Beschleunigung der Asylverfahren, Ausweisung von kriminellen Ausländern. Alle gesetzgeberischen und rechtlichen Möglichkeiten unserer freiheitlichen Rechtsordnung müssen ausgeschöpft werden, um offensichtlichen Asylmißbrauch schneller und effektiver zu beenden und so auch die Belastung für den deutschen Steuerzahler nachhaltig zu verringern. Daß wahrhaft politisch Verfolgte geschützt werden, entspricht unserer Auffassung von der Würde des Menschen.

Wir respektieren alle Völker, reichen Menschen jeden Volkstums brüderlich die Hand. Alle gerecht Denkenden werden unser Anliegen verstehen und gutheißen, den deutschen Charakter Deutschlands zu erhalten. Es geht nicht darum, andere Völker abzuwerten, sondern darum, die Werte auch unseres Volkes zu schützen und zu fördern.

Der Entstellung der deutschen Sprache durch die massenhafte Übernahme von Fremdwörtern, für die kein Bedarf besteht, ist auch staatlicherseits zu begegnen, etwa nach dem Muster der Académie française.“ (DVU-Parteiprogramm, pdf-download von www.dvu.net, Zugriff: 13.1.2002)

³¹ beide PIPr 15/35, 22.3.2001, S. 2642

Der Begriff „Eindeutschung“ in der Bedeutung von „zu einem Deutschen machen“ ist heute kein umgangssprachlicher, sondern wird allein im Zusammenhang mit Fremdwörtern, die in die deutsche Sprache übernommen und ihr angepasst werden sollen, benutzt. Tittmanns Begriffsverwendung entstammt aber aus der Zeit des Nationalsozialismus. So schrieb beispielsweise der Alt-Nazi Theodor Oberländer, Vertriebenenminister im Kabinett Adenauers:

„Die Eindeutschung der Ostgebiete muss in jedem Fall eine restlose sein. Solche Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen ... aber einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währendender Kampf.“ (zitiert nach: Der Spiegel 27/2000, <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,84201,00.html>; Zugriff: 19.1.2002)

Damit ist auch der Begriff „Germanisierung“ umschrieben, wobei Tittmann mit „Germanisierungswelle“ die erleichterte Einbürgerung von Ausländern mittels des neuen Staatsangehörigkeitsrechts in Misskredit bringt.

Zum Stichwort „Umvolkung“ schreibt der Informationsdienst gegen Rechtsextremismus:

„Mit dem in der Nazizeit geprägten Begriff machen heute rechtsextreme Gruppen, Parteien und Personen Stimmung gegen Ausländer. Angesichts des angeblich so hohen Ausländeranteils in der Bevölkerung, so die reißerische Botschaft, die sich wie ein roter Faden durch alle einschlägigen Periodika zieht, drohe dem deutschen Volk eine ‚Umvolkung‘. Die Behauptung einer ‚Überfremdung‘ wird dabei im gleichen Sinne verwendet.“ (<http://www.idgr.de/lexikon/stich/u/umvolkung/umvolkung.html>; Zugriff: 11.1.2002)

Den Begriff „Ordnungszelle des Volkes“ bezieht Tittmann auf die Familie:

„Gerade die so genannten Grünen haben stets die Notwendigkeit der Förderung intakter Familien im Sinne traditioneller Werte in Frage gestellt. Die Familie als kleinste, aber wichtigste Ordnungszelle des Volkes wurde sogar als faschistoid gebrandmarkt“ (PIPr 15/37, 7.5.2001, S. 2803)

Hier gibt er die Haltung der „kritischen Linken“ Anfang der 70er Jahre zutreffend wieder. Aber während gemeinhin mit „Ordnungszelle“ in der Geschichte der Weimarer Republik die Rolle Bayerns im Reich gemeint wird³³, fanden sich bei der Internetrecherche für den Familienbezug nur zwei Aussagen: So war für den CDU-Familienminister im Adenauer-Kabinett, Dr. Franz-Josef Würmeling, die Familie „die erste Ordnungszelle und Grundlage der Gesellschaft“, die er „als Bollwerk gegen die kinderreichen Völker des Ostens“

³² PIPr 15/11, 23.2.2000, S. 793

³³ „Galt Bayern in den Anfangsjahren der Weimarer Republik insgesamt als eine ‚Ordnungszelle‘ im Reich mit einem teilweise extrem rechten politischen Milieu ...“ (*Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* 1999, S. 16)

„Das Attentat auf Eisner beschleunigte eine Radikalisierung, die in den Münchner Räterepubliken vom April 1919 gipfelte. Nach dem Einmarsch von Freikorpsstruppen Anfang Mai schlug das Pendel zur anderen Seite aus. Bayern entwickelte sich zur rechten ‚Ordnungszelle‘; nicht zufällig begann hier die Karriere des Bierkellerdemagogen Adolf Hitler.“ (aus: Volker Ullrich „Endlich: Die erste große Biografie des glänzenden Journalisten und streitbaren Sozialisten Kurt Eisner“, in: *Die Zeit*, 13/2001, [wysiwyg://111/http://www.zeit.de/2001/13/Kultur/200113_p-eisner.html](http://www.wysiwyg://111/http://www.zeit.de/2001/13/Kultur/200113_p-eisner.html); Zugriff: 11.1.2002)

„... währenddessen waren Staatsstreichpläne der bayerischen Rechten viel bedrohlicher. Der einzige Ausweg [aus der] vom ‚parlamentarischen System‘ verursachten Krise war – ihrer Meinung nach – nur in einer ‚legalen‘ Diktatur zu finden, deswegen wollten sie die politischen Verhältnisse der ‚Ordnungszelle‘ Bayern auf das Reich übertragen.“ (aus: „Die Weimarer Republik“, *Gymnasium und Realschule Kaiserslautern*, <http://st-franziskus.kaiserslautern.de/projekte/projst/text2.html>, Zugriff: 11.1.2002)

bezeichnete³⁴. Die zweite Fundstelle verweist auf den ehemaligen SS-Mann und Autor rechtsextremistischer Schriften Hans Werner Woltersdorf, der wegen Leugnung des Holocausts eine Geldstrafe von DM 24.000 zahlen musste³⁵. Er schreibt: „Er [der Materialismus] fordert Abschaffung des Privateigentums und selbst Auflösung der Familie als kleinsten Horts einer Ordnungszelle.“³⁶

Tittmann geht von einem Volksbegriff aus, der offensichtlich nationalsozialistische Wurzeln hat. Seiner Vorstellung von Volk, seiner Angst um den „Erhalt des deutschen Volkes“, seinem Ruf nach „deutschem Nachwuchs für unser Volk“ entsprechen Aussagen aus NS-Publikationen:

„Nicht weniger als 15 000 Familien haben bisher im Dritten Reich durch Neubauernstellen eine neue Heimat und eine sichere Lebensgrundlage erhalten, und zwar Familien, die ausnahmslos entweder bereits kinderreich sind oder kinderreich zu werden versprechen. Die Neubildung deutschen Bauerntums wird damit zu einer wichtigen Quelle der ständigen Blutserneuerung des deutschen Volkes.“ (E. Fritz Baer „Ohne Heim keine Heimat“, in: *Illustrierter Beobachter* 1936, S. 69; vgl. auch Fußnote 37)

Tittmann selbst führt dazu aus:

Meine Damen und Herren, hunderttausende Kinder werden Jahr für Jahr in der Bundesrepublik Deutschland abgetrieben, auch unter Inanspruchnahme öffentlicher Kassen. Gleichzeitig fehlen jährlich hunderttausende von Geburten in ganz Deutschland zum Erhalt des deutschen Volkes und zur Sicherung unserer Zukunft. Erziehungshilfe für Familien sollte insbesondere dahingehend erfolgen, dass der Endlösung im Mutterleib begegnet wird. Unser Volk braucht deutschen Nachwuchs mehr als Kinderimporte aus allen möglichen fremden Kulturkreisen. Deshalb: Wer Familienpolitik zum Wohl des deutschen Volkes will, muss die Herodes-Politik der Herrschenden bekämpfen. Das heißt ganz klar, das bleibt oberstes Gebot der Deutschen Volksunion, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.“ (PIPr 15/37, 17.5.2001, S. 2804)

Tittmann beklagt den Verlust von „traditionellen Werten“:

„Wie auch immer! Unter Mitverantwortung und Beteiligung auch der CDU kam es zur Entwertung und zum Infragestellen nahezu aller übernommenen sittlichen, ethischen und moralischen Werte und Ordnungsvorstellungen.“ (PIPr 15/37, 17.5.2001, S. 2803)

Seine Wertvorstellungen münden in ein totalitäres Gesellschaftsverständnis; Tittmann und die DVU nehmen für sich ein „lebensrichtiges Menschenbild“ in Anspruch:

„Mein Damen und Herren, nichts macht die Notwendigkeit der Durchsetzung der Forderung der Deutschen Volksunion deutlicher als das Totalversagen des etablierten Parteienkartells auch und gerade im Bereich der Familienpolitik. Erziehungshilfen laufen ins Leere, wenn sie einer künstlichen Welt im Kopf entspringen und dem lebensrichtigen Menschenbild widersprechen.“ (PIPr 15/37, 17.5.2001, S. 2803)

Hier kommt Tittmann mit seinem „lebensrichtigen Menschenbild“ den „lebensgesetzlichen Grundlagen“ des NS-Regimes nahe³⁷.

³⁴ Zitiert nach: „Dem Manne gleich?? – Frauen in den Fünfigern“, Projekt des Gymnasiums Odenkirchen, www.fh-niederrhein.de/~gymoden/ge/frau50/familie/main.html; Zugriff: 11.1.2002.

³⁵ Informationsdienst gegen Rechtsextremismus, <http://www.idgr.de/lexikon/bio/w/woltersodrf-hw/woltersdorf.html>; Zugriff: 20.1.2002)

³⁶ aus: Hans Werner Woltersdorf, „Die Ideologie der neuen Weltordnung“, wysiwyg://44/http://www.vho.org/D/didnw/2.html; Zugriff: 11.1.2002.

³⁷ „Die Macht der geistigen Einstellung, die die Hauptursache des rassistischen und erbbiologischen Verfalles war, ist gebrochen, und ihre Vertreter sind wie Spreu verweht. Die tüchtigen, aber nur irregeleiteten Bestandteile des deutschen Volkes haben ein neues Ziel erkannt und sind unter straffer Führung zu den

Seine – rückwärts gewandten – Wertvorstellungen sieht Tittmann auch gegenüber der älteren Generation gefährdet:

„Unsere Senioren können nur dann in unserer Gesellschaft wieder mitwirken, wenn ihnen Achtung, Würde und Respekt entgegengebracht werden. Aber Sie, meine Damen und Herren, lassen es unwidersprochen zu, dass arbeitslose ausländische Jugendliche behaupten dürfen, sie hätten Deutschland wieder aufgebaut. Ich habe viele Bilder von deutschen Trümmerfrauen mit Kopftüchern gesehen, aber nicht ein einziges Kopftuch mit Türkinnen darin, meine Damen und Herren!

Tatsache ist, dass dieses Land einzig und allein von unseren Eltern wieder aufgebaut worden ist und von keinem anderen, und unsere Eltern haben dieses Land mit viel Blut, Schweiß, Leid, Entbehrungen und mit eigenen Händen wieder aufgebaut.

Da war kein Ausländer hier, der uns geholfen hat³⁸, meine Damen und Herren! Ich werde es im Namen der Deutschen Volkunion niemals zulassen, dass Sie diese einzigartige Aufbauleistung unserer älteren Generation durch den Schmutz ziehen und missachten!

(...)

Wir von der Deutschen Volkunion lassen es niemals zu, dass die Achtung und die Würde unserer älteren Generation von Altparteien mit Füßen getreten werden, und wir setzen uns vehement für eine Mitwirkung der Senioren in unserer Gesellschaft uneingeschränkt ein.“ (PIPr 15/14, 23.3.2000, S. 958)

„Meine Damen und Herren, mit einer unsozialen Familienpolitik sorgen Sie dafür, dass auf der Grundlage Ihrer Politik in der heutigen Gesellschaft beide Elternteile arbeiten müssen, um überhaupt die steigenden Kosten tragen und ausgleichen zu können. Da bleibt natürlich für eine familiäre Erziehung überhaupt keine Zeit mehr. Aber eine familiäre Erziehung, die geprägt ist von Moral, Ethik, Ordnung, Disziplin und Achtung gegenüber unseren älteren Mitmenschen ist die Grundvoraussetzung für einen ungestörten Ablauf von Schulunterricht, meine Damen und Herren.“ (PIPr 15/16, 11.5.2000, S. 1160)

Was noch fehlt, ist das Begriffspaar „Recht und Ordnung“, auch dafür steht Tittmann als Vertreter der Deutschen Volkunion am Redepult:

„Sie werden die Vertreter der Deutschen Volkunion immer an Ihrer Seite haben, wenn es darum geht, in unserem demokratischen Rechtsstaat Recht und Ordnung zu bewahren.“ (PIPr 15/9, 26.1.2000, S. 645)

Wie oben bereits erwähnt, bringt es Tittmann fertig, in fast allen Reden zu verschiedenen Themen auf die Ausländerthematik zu kommen. Als Musterbeispiel mag die Debatte zu Tittmanns Antrag „Hilfsfonds für Katastrophenopfer“ (Drs. 15/541) dienen. Anlass hierzu waren die Folgen einer Gasexplosion im Bremer Stadtteil Neustadt und Hilfen für die Betroffenen, was überhaupt nichts mit MigrantInnen zu tun hat. Nach der Hälfte seiner Rede kommt Tittmann dann auf das, worum es ihm eigentlich geht:

„Wenn aber im Rahmen einer verfehlten Asyl- und Ausländerpolitik in Bremen jährlich gigantische Summen aus der Steuerkasse aufgewendet werden, dann dürfte wohl diese Einrichtung eine Selbstverständlichkeit sein, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, unschuldig in Not geratenen Unglückspfunden schnell, wirkungsvoll und unbürokratisch zu helfen, meine Damen und Herren. Ich empfinde es als unverantwortlich, dass inzwischen ein Drittel der Sozialhilfe zum Lebensunterhalt für Asylbewerber und Asylanten aufgebracht wird, die außerdem noch zu einem hohen Prozentsatz ihr Asylrecht aus wirtschaftlichen

lebensgesetzlichen Grundlagen zurückgeführt worden, auf denen allein die Nordisch-Germanische Rasse gedeihen kann.“ (aus: Paul Schultze-Naumburg: „Kunst und Rasse“, Vorwort zur 2. Auflage, München: J.F. Lehmanns Verlag, 3. Auflage, 1928/1934, S. 5)

³⁸ Über die Anwesenheit der Alliierten in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg gibt es wohl keinen Zweifel.

Gründen missbrauchen – das hat auch im Übrigen unser Innenminister Schily deutlich zum Ausdruck gebracht –, wobei ihnen noch zusätzlich eine gesetzliche Unterbringungsgarantie zusteht, während aber Bürger, die Opfer von Katastrophen werden, mehr oder weniger auf sich selbst oder auf die Hilfe und Barmherzigkeit privater Stellen angewiesen sind.“ (PIPr 15/31, 25.1.2001, S. 2339)

Die gleiche Mischung – Abwehr ausländischer Ansprüche in Verbindung mit deutsch vs. nicht-deutsch – wendet er zum Beispiel auch bei der Debatte zur Großen Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU „Das Alfred-Wegener-Institut (AWI) als Zentrum der deutschen Polar- und Meeresforschung“ (Drs. 15/621) an, die ebenfalls nichts mit dem Bereich Ausländerpolitik zu tun hat. Dort fällt ihm nach längeren Elogen auf das AWI noch folgender Satz ein:

„Es ist nur zu hoffen, dass auch das ortsansässige Baugewerbe davon profitiert und keine Fremdfirmen mit ausländischen Billiglohnarbeitern zu Dumpingpreisen.“ (PIPr 15/35, 22.3.2001, S. 2627)

Indem Tittmann zum einen unterscheidet zwischen kriminellen Ausländern und – wie er sie nennt – „anständigen Ausländern“ (mehrfach, z. B. PIPr 15/7, 15.12.1999, S. 452) und zum anderen die Letzteren stets als Minderheit bezeichnet, sagt er dadurch implizit, die Mehrheit der 7,3 Millionen in Deutschland lebenden Ausländer³⁹ sei kriminell. Diese infame Zuschreibung ist durch keinerlei Daten belegt.

Tittmann benutzt in den 92 Debatten über 270 mal Wörter zum Bereich Ausländer/Asyl. Um neben dieser quantitativen Messung die diffamierende Hetze in seinen Parlamentsreden erkennen zu können, hier eine Auswahl seines Wortschatzes zum Stichwort Ausländer/Asyl:

„kriminelle Asylanten, Asylabzocker, Asylbetrüger, kriminelle Asylschmarotzer, Asylschwindler, Scheinasylanten, Scheinasylanten, sowieso schon zu wenig abgeschobene Asylanten, ach so friedliche ausländische Erzengelchen, Ausländer aus aller Herren Länder, ausländische Banditen, ausländische Jugendbanden, ausländische Rechtsbrecher, ausländische Schlägertrupps, ausländische Schwarzarbeiter, ausländische Straftäter, ausländische Täter, ausländische Verbrecherbanden, ausländische Wiederholungstäter, ausländisches Banditentum, Gewalt von Ausländern an Deutschen, kriminelle ausländische Mehrfachstraftäter, kriminelles ausländisches organisiertes Bandenunwesen, kriminelles ausländisches organisiertes Verbrechen, straffällige Ausländer, viel zu viele Ausländer, verfassungsfeindliche, extremistische, fundamentalistische ausländische Gruppierungen, Dunkeldeutsche, Einwanderungsflut, Multikulti-Familie, Multikultigesellschaft, Multikultipolitik, Multikulti-Propagandisten, Multikulti-Scheinwelt, Multikulti-Wahnpolitik“.

Selbstverständlich gibt es ausländische Straftäter, auch ausländische Jugendbanden. Wer aber erstens permanent die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Ausländer damit gleichsetzt und zweitens gleichzeitig von „Scharen von Ausländern“⁴⁰, „Einwanderungsflut“⁴¹, „Masseninvasion“ und „Massenzustrom“⁴², „Überbevölkerung“⁴³, „Überfremdung“⁴⁴ und „Völkerwanderung“⁴⁵ spricht, schürt eindeutig Emotionen gegen ausländische Menschen und MigrantInnen und ist somit eindeutig ausländerfeindlich.

³⁹ Quelle: „Die demographische Lage 2000 in Deutschland“, Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt, <http://www.bib-demographie.de/demolage.html>; Zugriff: 19.1.2002)

⁴⁰ PIPr 15/14, 23.3.2000, S. 970

⁴¹ PIPr 15/35, 22.3.2001, S. 2654

⁴² PIPr 15/35, 22.3.2001, S. 2642 und 2654

⁴³ PIPr 15/8, 16.12.1999, S. 544

⁴⁴ mehrfach, beispielhaft: PIPr 15/20, 5.7.2000, S. 1476

Tittmanns Aussage, „die Deutsche Volksunion [fordert] klar und deutlich, alle verdächtigen Asylbetrüger sofort in Sammelunterkünften, quasi in Abschiebehaft unterzubringen“ (PIPr 15/13, 22.3.2000, S. 933), lässt an sich an Deutlichkeit kaum überbieten.

Tittmann beschränkt sich in seinen Parlamentsreden bei der Nennung von Ausländern auf bestimmte Nationalitäten: Albaner, Bosnier, Jugoslawen, Italiener, Libanesen, Polen, Rumänen, Russen, Schwarzafrikaner, Sinti und Roma, Tschechen, Türken, Ukrainer, Ungarn, Vietnamesen, Weißrussen (keine Amerikaner, Belgier, Dänen etc.⁴⁶). Nicht von ungefähr stellt deshalb Tittmann den oben bereits zitierten Antrag gegen die EU-Osterweiterung und führt dazu aus:

„Der Traum der Überfremdungspropagandisten und jener, die danach fiebern, den deutschen Nationalstaat⁴⁷ ganz auf dem Altar eines EU-Überstaats zu opfern, wäre dann endgültig erfüllt. Diesen Wahnsinn gilt es abzuwehren. Statt einer weiteren unbezahlbaren Osterweiterung entgegenzufiebern, sollten Sie lieber deutsche Interessen schützen, den Nutzen des deutschen Volkes mehren und Schaden von ihm wenden.“ (PIPr 15/35, 22.3.2001, S. 2656).

Allerdings macht Tittmann bei den Osteuropäern Unterschiede, indem er wiederum das Deutsche betont:

„Es ist schon ein jahrzehntelanges Anliegen der Linken, das deutsche Volk in eine multikulturelle, in Wahrheit aber eine multiethnische Gesellschaft zu verwandeln. Während sich Angehörige unseres Volkes, zum Beispiel in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, nach einer Übersiedlung in das Land ihrer Vorfahren, also nach Deutschland, sehnen, sind diese so genannten Spätaussiedler von Ihnen immer weniger erwünscht. Obwohl gerade der Kinderreichtum dieser Deutschen einen Segen für unsere sozialen Sicherungssysteme wie zum Beispiel die Renten darstellen würde, propagieren politisch Herrschende unverantwortlich eine verstärkte Einbürgerung von Ausländern.

(...)

Tatsache ist auch, dass die SPD und die Grünen unverantwortlich zur größten Völkerwanderung der Neuzeit einladen. Niedrige Geburtenrate einerseits, längere Lebenserwartung andererseits lassen den Anteil der Erwerbstätigen sinken. Wenn aber empfohlen wird, verstärkt Ausländer einwandern zu lassen, so können einschlägige Experten ja den Deutschen raten, ihren Nachwuchsmangel durch kollektiven Selbstmord zu beenden.

Meine Damen und Herren, die Ausländerbeauftragte der Grünen, Frau Beck, fiebert ja quasi einer Millioneneinbürgerung jährlich entgegen. Geht es insbesondere nach den Grünen, dann soll die propagierte offene Republik nicht mehr deutsch sein.“ (PIPr 15/29, 14.12.2000, S. 2164)

„Deshalb wurde auch das bewährte Staatsangehörigkeitsrecht außer Kraft gesetzt. Die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes, seine nationale Eigenart, seine Identität sind Ihnen fremd. Sie sollten sich schämen und das zutiefst!“ (PIPr 15/11, 23.2.2000, S. 793)

⁴⁵ mehrfach, beispielhaft: PIPr 15/35, 22.3.2001, S. 2654

⁴⁶ Bis auf einen: „Ich persönlich habe ja nichts gegen die Green Card, solange sie für einen Herrn Le Pen aus Frankreich ist“ (PIPr 15/26, 15.11.2000, S. 1914), den Vorsitzenden des rechtsradikalen „Front National“.

⁴⁷ Zum Begriff „deutscher Nationalstaat“ und dessen sehr junger Geschichte sowie zur Entwicklung des deutschen Nationalismus siehe *Winkler* 2001a.

NS-Vergangenheit/Zwangsarbeiter

Tittmann spricht von einer „anständigen Bewältigung der Vergangenheit“⁴⁸. Was er darunter versteht, zeigt sich nachfolgend.

Tittmann ergreift mit zwei Anträgen⁴⁹ die Initiative zu diesem Themenkreis. Darüber hinaus beteiligt er sich mit Zusatzfragen in der Fragestunde sowie an zwei Debatten, die von den Bürgerschaftsfraktionen in den Landtag getragen wurden⁵⁰. Hinzuzuzählen wären noch die beiden Debatten „Für mehr Demokratie, Menschenrechte und Toleranz – Gegen Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“⁵¹.

Der zentrale Ansatz seiner Anträge und Reden zu Nationalsozialismus und Zwangsarbeitern ist Ablenkung und Relativierung sowie Leugnung, Falschdarstellung und in Zweifel ziehen von Tatsachen.

Geht es um Entschädigungsleistungen an nicht-deutsche ZwangsarbeiterInnen, die das Programm „Vernichtung durch Arbeit“ des Dritten Reiches überlebt haben, lenkt Tittmann vom Thema ab, indem er auf die Leiden „deutscher Zwangsarbeiter“ nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verweist,

„Meine Damen und Herren, wer aber entrichtet Wiedergutmachung für mehr als zehn Millionen deutsche Zwangsarbeiter, die in den Lagern der Sieger arbeiteten? Wo bleibt die Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter?“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 662)

den Status der ZwangsarbeiterInnen durch Hinzufügung des Attributs „so genannte“⁵² in Frage stellt und ihnen ihren Anspruch auf Entschädigung abspricht:

„Auch wer während des Krieges in Deutschland arbeitete, war eben nicht automatisch ein NS-Geschädigter. Zahlreiche Beispiele belegen, dass im Krieg viele freiwillige Arbeiter in Deutschland gearbeitet haben ...“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 663)

Diese Aussage Tittmanns muss jedoch in die richtige Relation gesetzt werden: „Von fünf Millionen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200 000 freiwillig gekommen.“⁵³

Zudem versucht Tittmann einerseits, die heute zur Einzahlung in den Zwangsarbeiter-Entschädigungsfonds aufgeforderten Unternehmen von der Rechtsnachfolge zu befreien, und andererseits, den Unternehmen des Dritten Reichs die Schuld abzusprechen:

⁴⁸ PIPr 15/3, 22.9.1999, S. 186

⁴⁹ „Ewig büßen wegen Hitler?“ (Drs. 15/35) und „Gegen das Vergessen des Leidens deutscher Zwangsarbeiter“ (Drs. 15/386)

⁵⁰ Die Fragen „‘Feier’ zum 56. Jahrestag der Bombardierung Dresdens“ der CDU und „Rentenstreichung für SS-Angehörige“ der SPD sowie die Anträge „Für Zivilcourage und Engagement gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ (Drs. 15/487) und „Bremens Beitrag zur Zwangsarbeiter-Entschädigung“ (Drs. 15/163) von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der in den interfraktionellen Antrag mündete „Entschädigung für NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter“.

⁵¹ Wobei die erste ein interfraktioneller Antrag war (Drs. 15/460), die zweite der „Dritte Bericht des Senats über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen“ (Drs. 15/573).

⁵² PIPr 15/3, 22.9.1999, S. 187 sowie PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 663, wobei ihm im zweiten Fall vom Bürgerschaftspräsidium ein Ordnungsruf erteilt wird.

⁵³ Robert W. Kempner, in: Götz Aly u.a. (Hrsg.), Herrenmenschen und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1933 – 1945 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 3), Berlin 1986, S. 9 – zitiert nach: „Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – Geschichte im Überblick“, Berliner Geschichtswerkstatt, 2000-2001 (wysiwyg://22/http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/zwangsarbeit/geschichte.html; Zugriff: 20.1.2002)

„Nun sollen nämlich noch aus deutschen Unternehmen, die mit den Firmen aus der Hitlerzeit nur noch den Namen gemeinsam haben (Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das Vermögen!) und das Vermögen, ja, so ist das –, von den sogenannten Zwangsarbeitern, die ihnen damals der Staat zugewiesen hat (Unruhe bei der SPD) dieser Rechtsnachfolger sind sie natürlich nicht, zur Kasse gebeten werden.“ (PIPr 15/3, 22.9.1999, S. 187)⁵⁴

„..., die von den Unternehmen gerecht entlohnt und anständig behandelt worden sind.“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 663)⁵⁵

Indem Tittmann – zutreffend – darauf hinweist, dass die betreffenden/betroffenen Unternehmen ihre Fondseinzahlungen zur Hälfte von der Steuer absetzen können, er aber diesen Fakt verknüpft mit der vom Bund der Steuerzahler allgemein beklagten Verschwendung von Steuergeldern, vermittelt er implizit den Eindruck, die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen selbst sei eine Verschwendung von Steuergeldern, und hebt dann ab:

„Jedenfalls gegen diese unsozialen Machenschaften gegen das deutsche Volk wird die Deutsche Volksunion, und nur die Deutsche Volksunion, als einzige und wahre Opposition ihre Stimme, die Stimme des deutschen Volkes, in den Parlamenten, in denen sie vertreten ist, unüberhörbar vertreten.“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 663)

In diese abfällig gemeinte Kategorie der Verwendung von Geld fällt auch seine Bezeichnung der Entschädigungszahlungen als „Tributzahlungen“, die er zum Beispiel in seinem Antrag „Gegen Verfassungsverrat“ (Drs. 15/161) erwähnt:

„Heute handelt dieser feine Herr [Otto Graf Lambsdorff, Anm. d. A.] zu Lasten Deutschlands gewissermaßen weitere Tributzahlungen wegen Zwangsarbeit des Zweiten Weltkriegs in Washington aus.“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 718)

Das Wort „Tribut“ bedeutet „Entschädigung an den Sieger“, und die ZwangsarbeiterInnen mit Siegern gleich zu setzen ist eine Verhöhnung sondergleichen. Tittmann wird in seinem Antrag „Ursachen der Staatsverschuldung aufzeigen – für Innovation und Gerechtigkeit“ ganz besonders deutlich:

⁵⁴ Hierzu schreibt die „ak – analyse & kritik“: Im „Londoner Schuldenabkommen [wurde] vereinbart, daß Ausländer, die aus den besetzten Gebieten verschleppt und in deutschen Firmen zum Arbeitseinsatz gezwungen wurden, eventuelle Schadensersatzforderungen bis zum Abschluß eines Friedensvertrags nicht an die Unternehmen, sondern an den Staat zu richten hätten. Begründet wurde dieses Moratorium mit der – von Historikern längst widerlegten – Behauptung, daß die Unternehmen als ‚Agenten des Reichs‘ gehandelt, mithin also die Zwangsarbeiter nicht aus eigener Initiative angefordert und eingesetzt hätten.“ Und: „Auch wenn sie nach dem Krieg das Gegenteil behaupteten: Die Unternehmen wußten, daß die Beschäftigung von Zwangsarbeitern gegen das Völkerrecht verstieß. Freiwillig und direkt forderten sie Zwangsarbeiter von den Arbeitsämtern oder aus den Konzentrationslagern der SS an. In den Nürnberger Prozessen war denn auch einer der Hauptanklagepunkte der Einsatz von Menschen zur ‚Sklavenarbeit‘, und er wurde mit schweren Strafen geahndet.“ ak – analyse & kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 419, 22.10.1998 (http://www.akweb.de/ak_s/ak419/43.html; Zugriff: 20.1.2002).

⁵⁵ „Die Vergütung für Zwangsarbeit war minimal bis nicht existent. Selbst wenn Minimallöhne gezahlt wurden, nahmen die Deutschen willkürlich erhebliche Abzüge vor, die 50 oder sogar 80% des Lohns betragen. (...) Die SS kassierte für jeden Zwangsarbeiter einen täglichen Verleihlohn zwischen 4 und 6 RM. Dieses Geld, abzüglich geringer Kosten für die Ernährung, überwiesen die Lagerleitungen an das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) der SS in Berlin, von wo ein Teil dieser Mittel über das Reichsfinanzministerium letztlich in den Staatshaushalt floß.“ (Brüning et al. 1999, S. 13 und 17) Zum Vergleich: In den Jahren 1943 bis 1945 betrug der durchschnittliche Wochenlohn eines deutschen Arbeiters 60 Reichsmark, also 10 RM pro Tag (Brüning et al. 1999, S. 19). Die Einführung der 5-Tage-Woche erfolgte erst 1956.

„Aber es berührt ihn [Bundesfinanzminister Hans Eichel, Anm. d. A.] ebenso wenig wie die Plünderung der Staatskasse durch immer neue **Tributzahlungen** wegen der vor über einem halben Jahrhundert untergegangenen NS-Zeit, und ich kann Ihnen namens der Deutschen Volksunion nur sagen und Sie warnen, denn die nach heutiger Kaufkraft bald mehr als 300 Milliarden DM Wiedergutmachungen, die Deutschland bisher geleistet und aufgebracht hat, der Verlust eines Viertels Deutschlands, der Raub unschätzbbarer Patentwerte und Kunstschatze, die Demontage der deutschen Industrie nach dem Krieg und die vielen überhöhten deutschen Leistungen auf vielen Gebieten, die sich aus der Niederlage von 1945 ergeben haben, könnten erst der Anfang und die **Ouvertüre für einen deutschen Tribut** gewesen sein, der in der Weltgeschichte seinesgleichen sucht, meine Damen und Herren.

Der Betrug am Wähler beziehungsweise an dem Bürger besteht darin, dass politisch Herrschende vorgaukeln, es werde notgedrungen gespart, und alle hätten ihren Beitrag zu leisten. Ich habe Ihnen aber aufgezeigt, für welche Zwecke Milliardensummen regelrecht aus dem Fenster geworfen und verschleudert werden, die für dringende nationale Aufgaben fehlen.“ (PIPr 15/19, 8.6.2000, S. 1364; Hervorhebungen d. A.)

Auf die Zeit der Nazi-Diktatur und die von Deutschen verübten Verbrechen selbst geht Tittmann kaum ein. Wenn, dann verfährt er auch hier nach dem Motto „Ablenken und in Zweifel ziehen“; er bedient sich der Aussagen „unverfänglicher“ Kronzeugen, um Schuldzuweisungen zu entkräften und lenkt vom Thema ab, indem er Äpfel mit Birnen vergleicht:

„Frau Senatorin, würden Sie mir inhaltlich Recht geben, wenn ich mit den Worten von Kanzler Adenauer behaupte, die Soldaten der Waffen-SS waren Soldaten wie andere auch?

(...)

Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich angesichts der Anfrage der SPD, Rentenstreichung für SS-Angehörige, die 45 000 DM Rentennachzahlung für Margot Honecker sowie die Rente für den nachweislichen Mörder Mielke und andere kommunistische Mörder für unerträglich halte?“ (PIPr 15/34, 21.3.2001, S. 2521)

Tittmann ist nicht so dumm, NS-Verbrechen offen zu leugnen. Indem er aber zum Beispiel den aus der NS-Zeit stammenden Begriff „Sippenhaft“ auf die heutige deutsche Bevölkerung anwendet, versucht er diese Praxis aus dem NS-Unrechtsstaat zu relativieren:

„Es ist geradezu pervers, meine Damen und Herren, nicht genug, dass man die Erlebnisgeneration jener zwölf Jahre in Kollektivhaftung nimmt, ihnen Kollektivverantwortung aufhals und ein Kainsmal aufdrückt, in schlimmster Übersteigerung der Sippenhaft verlangt man sogar von den lange nach 1945 geborenen Deutschen, dass sie sich wegen der NS-Zeit schämen mögen, dass sie sühnen und büßen und zahlen.“ (PIPr 15/3, 22.9.1999, S. 186)

Das gleiche gilt für den Begriff „Holocaust“, mit dem allgemein nur die Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden in den NS-Konzentrationslagern bezeichnet wird:

„... und auch unterdrückte Ureinwohner Amerikas, die da im Holocaust sterben mussten.“ (PIPr 15/23, 14.9.2000, S. 1652)

Nur ein einziges Mal zieht er die NS-Verbrechen in Zweifel, dies aber so beiläufig, dass darauf keine Reaktion im Parlament erfolgte:

„Alle Medien berichten unentwegt über Leiden, die deutscherseits vor 55 bis 65 Jahren anderen zugefügt worden sind oder seien.“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 662)

Antisemitismus und Juden

Zum Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, der CDU und von Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Für Zivilcourage und Engagement gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ (Drs. 15/487) beginnt Tittmann seinen Redebeitrag folgendermaßen:

„Ich stelle mit allem Nachdruck fest, dass die Deutsche Volksunion seit ihrem Bestehen Ausländerfeindlichkeit, Extremismus und Gewalt rigoros – und nicht nur so wie Sie einseitig – verurteilt und demokratisch bekämpft hat.“ (PIPr 15/25, 12.10.2000, S. 1795)

Den Begriff Antisemitismus aus dem Entschließungsantrag hat er – aus DVU-Gepflogenheit⁵⁶ – weggelassen, und die im nächsten Satz erwähnten Verurteilungen antisemitischer Straftaten – ohne allerdings den Begriff zu nennen – werden bereits wieder ihrer Besonderheit beraubt (durch die Einreihung in die Auflistung mit „Moscheen, anderen Gotteshäusern“). Eine rechtsextremistische Urhebererschaft wird nicht nur in Zweifel gezogen, sondern Tittmann dreht den Spieß um und bezichtigt die jüdischen Gemeinden sozusagen der „Verunglimpfung“ der Rechten:

„Der Bundesvorsitzende der Deutschen Volksunion, Herr Dr. Frey, hat schon immer, auch in der ‚Nationalzeitung‘, die schändlichen Angriffe und Beschädigungen an Synagogen, an Moscheen, anderen Gotteshäusern und Schändungen jüdischer Friedhöfe sehr klar und deutlich unmissverständlich auf das Schärfste verurteilt, aber nicht nur immer dann, also quasi pro forma, wenn irgendwo angebliche Rechtsextremisten volksverhetzende Schmierereien geschmiert haben sollen. Eine Verurteilung, und hier kann man ja schon von einer Vorverurteilung sprechen, wenn das von den jüdischen Gemeinden vielleicht verlangt oder gefordert wird.“ (PIPr 15/25, 12.10.2000, S. 1795)

Antisemitismus sieht Tittmann allenfalls bei anderen, wie er an anderer Stelle behauptet:

„Meine Damen und Herren, wenn wir uns hier schon in diesem Bericht mit Antisemitismus in unserer Gesellschaft beschäftigen, dann müssen wir uns aber auch einmal mit dem Antisemitismus unseres Außenministers Fischer beschäftigen und ihn aufklären, denn dieser Musterdemokrat hat ja laut ‚Spiegel‘ 1969 in Algier an einer PLO-Konferenz teilgenommen, bei der eine Resolution verabschiedet worden ist zum endgültigen Endsieg über Israel und auch gefeiert worden ist. Das, meine Damen und Herren, ist Antisemitismus pur und nichts anderes!“ (PIPr 15/33, 22.2.2001, S. 2446 f.)

Hier jedoch fällt sein Vorwurf auf ihn selbst zurück, hat er doch vier Monate vorher den Antrag „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ (Drs. 15/504) gestellt und in der betreffenden Debatte den „Judenstaat Israel“ (PIPr 15/27, 16.11.2000, S. 2010) scharf angegriffen⁵⁷.

⁵⁶ So heißt es im Verfassungsschutzbericht 2000: „Im Kontext von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zeigt die DVU meist unterschwellig, teilweise aber auch kaum verhohlen, einen für Rechtsextremisten typischen Antisemitismus. Die Wochenzeitung veröffentlichte eine dichte Abfolge von Schlagzeilen und Artikeln mit antisemitisch gefärbten Botschaften. Sie unterstellen, das deutsche Volk werde besonders durch die Juden auf die NS-Vergangenheit festgelegt und so daran gehindert, ein gleichberechtigtes Mitglied in der Völkergemeinschaft zu werden. Ein weiteres Thema war die angebliche Überpräsenz von Personen jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung in Politik, Wirtschaft und Medien. Andere Beiträge diskreditierten jüdische Organisationen, verurteilten deutsche Wiedergutmachungsleistungen und kommentierten polemisch Vorgänge in Israel. Dabei verbarg sich zwar die herabsetzende Kritik der Einzelbeiträge am Judentum häufig zwischen den Zeilen, doch die Fülle der einschlägigen Artikel soll dem Leser einen bedrohlichen Einfluss der angeblich antideutschen Juden und eine gegen Deutschland gerichtete Verschwörung suggerieren.“ (BfV 2001, S. 79 f.).

⁵⁷ In diesem Zusammenhang interessant sind die Bestrebungen rechtsextremer Kreise, mit den Islamisten zusammen zu arbeiten, denen die anti-jüdische Haltung gemein ist: „Einer der entschiedensten Befürworter einer deutsch-arabischen Kooperation ist der Ex-REPublikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber. In der letztjährigen Weihnachtsausgabe der Monatszeitschrift Nation & Europa, dem führenden ideologi-

Personen jüdischen Glaubens finden bei Tittmann nur Erwähnung, wenn er sie zur Untermauerung seiner Behauptungen missbrauchen kann,

„Hierüber berichtet eine deutsche Jüdin entsetzt“ (PIPr 15/21, 6.7.2000, S. 1546)

„Sie können also daraus entnehmen, ich bin kein Antisemit, ich zitiere sogar jüdische Professoren.“ (PIPr 15/25, 12.10.2000, S. 1796)

„Nahum Goldmann, in den fünfziger Jahren Präsident der Jewish Claims Conference, äußerte sich bereits 1973 wie folgt: ‚In Wirklichkeit zahlte Deutschland zwölf- bis vierzehnmal mehr, als wie wir errechnet haben.‘“ (PIPr 15/3, 22.9.1999, S. 186)

er den Zentralrat der Juden in Deutschland in Misskredit bringen kann

„Ich erinnere hier nur einmal an einen Fall einer schändlichen Zweckentfremdung, sprich Betrug, von sage und schreibe 30 Millionen DM Wiedergutmachungsgelder durch den ehemaligen Chef des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann.“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 663)⁵⁸

oder er diffamieren will:

„Das ist die gewalttätige israelische Politik gegenüber Palästinensern im Nahen Osten. (...) Leider vermisse ich hier die tiefe Bestürzung und klare Verurteilung unseres Oberlehrers der Nation, Herrn Friedman.
(...)“

Demzufolge möchte ich dem Vertreter einer sehr kleinen Minderheit und selbst ernannten Moralapostel und Oberlehrer der deutschen Nation in Bezug auf die jüdisch-israelischen Völkerrechtsverletzungen, kriegerische Aggression und Gewalt erst einmal raten, vor der eigenen Haustür zu kehren, bevor er sich hier als Moralapostel der ganzen deutschen Nation aufspielt.“ (PIPr. 15/25, 12.10.2000, S. 1795 f.)⁵⁹

schen Organ deutschsprachiger Rechtsextremisten unterschiedlichster Couleur, forderte er die ‚Patrioten aller Länder‘ auf, sich ‚unmissverständlich auf die Seite der Palästinenser‘ und gegen die ‚Kolonialmacht Israel‘ zu stellen.

In der National-Zeitung, dem Sprachrohr der vom Multimillionär Gerhard Frey geführten Deutschen Volksunion (DVU), erklärte er im April dieses Jahres, dass die muslimischen Staaten ‚unsere natürlichen Verbündeten im Kampf gegen den israelisch-amerikanischen Weltherrschaftsanspruch sein [könnten]‘.“ aus: Anton Maegerle/Heribert Schiedel „Kruke Allianz. Das arabisch-islamistische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten“, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 13.11.2001 (<http://www.doew.at/thema/rechts/allianz.html>; Zugriff: 22.1.2002)

„Der Islam ist die einzige geistige Kraft, die nirgendwo im Widerspruch zu Nationalsozialismus und Faschismus steht, sondern diese[s] Ideal ergänzt.“ Michael Kühnen „Die Zweite Revolution, Band 2: Der Volksstaat“, verfasst im Untersuchungsgefängnis Hamburg, 20.4.1979 („Führers Geburtstag“), http://www.nazi-lauck-nsdapao.com/kuehnen/Bd2_content.html; Zugriff: 19.1.2002

⁵⁸ „Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, bestätigt Zeitungsberichte, nach denen sein Vorgänger, Werner Nachmann (1925-1988) Wiedergutmachungsgelder der Bundesregierung in Höhe von 33 Millionen DM veruntreut haben soll.“ Deutsches Historisches Museum Berlin, Chronik 1988 (<http://www.dhm.de/lemo/html/1988/>; Zugriff: 20.1.2002)

⁵⁹ Hier hetzt Tittmann nicht mit einer Einzelmeinung, sondern als Vertreter der DVU, wie dem Verfassungsschutzbericht 2000 zu entnehmen ist: „Weitere Artikel dienten der Stimmungsmache gegen wichtige Repräsentanten jüdischer Institutionen, z. B. gegen den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland. So wurde unter der Schlagzeile ‚Wir können es nicht mehr hören, Herr Spiegel!‘ eine Äußerung des Zentralratspräsidenten kritisiert: ‚Auf die Idee, dass der zunehmende Widerwillen in Sachen ‚Bewältigung‘ mit einer Überdosis an verordneter Beschäftigung mit diesem Thema zusammenhängt, scheint Spiegel nicht zu kommen. Jede Überfütterung führt irgendwann zu Ekel und Erbrechen. Weniger ist oft mehr – und mehr und mehr und mehr führt zu weniger!!‘ (NZ Nr.22/2000, S. 5). Dem Vizepräsidenten des Zentralrats wurde anlässlich seiner Ausführungen auf der Gründungsveranstaltung des von der Bundesregierung im Mai ins Leben gerufenen ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt‘ vorgeworfen: ‚Michel Friedman nutzte die Gelegenheit, um wieder einmal für ein multikulturelles Deutschland zu werben. Zuwanderung sei ‚der Sauerstoff für die-

Augenscheinlich hat aber auch Tittmann keine „anständige“ Vergangenheitsbewältigung, sonst wäre ihm geläufig, weshalb es sich bei den Juden in Deutschland nur um eine „sehr kleine Minderheit“ handelt⁶⁰ und weshalb die jüdischen Gemeinden heute in Deutschland eine besondere Aufgabe und Funktion haben:

„Darüber hinaus, meine Damen und Herren, glaube ich, dass in keinem anderen Land die jüdischen Bürger besser geschützt und geschützt werden als in Deutschland. Ich glaube, in keinem anderen Land erhalten die jüdischen Gemeinden mehr Geld und Zuwendungen als in Deutschland. Ich glaube, in keinem anderen Land werden die Forderungen jüdischer Gemeinden schneller und ergebener erfüllt als in Deutschland.“ (PIPr 15/25, 12.10.2000, S. 1795)

Aus dem Vorgenannten spricht eben doch eine starke antisemitische Grundhaltung, aber ist Tittmann tatsächlich ein Nazi bzw. Neonazi? Viele seiner Äußerungen stammen aus dem neonazistischen Umfeld, und seine Einstellungen, die den frühen Nationalisten zu Beginn des 19. Jahrhunderts gleichen (Friedrich Ludwig „Turnvater“ Jahn, Ernst Moritz Arndt und Johann Gottlieb Fichte – die im übrigen einen bemerkenswerten Antisemitismus vertraten⁶¹), sind auch bei den Nationalsozialisten zu finden. Was ihn jedoch unterscheidet, ist seine Europa-Phobie, die Deutschland eher abgeschottet sieht. Seine völlige Ablehnung Europas, für das nur gezahlt wird („Zahlmeister Deutschland“⁶²), das in unser Land hineinregiert, durch dessen offene Grenzen die Osteuropäer in Scharen strömen und den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, lassen eher nicht auf die Europa-Idee des Nazitums⁶³ schließen. Aus seinen Reden spricht kein Programm, das ein Europa unter deutscher Führung vertritt, wie dies zum Beispiel in den Schriften des verstorbenen Neonazis Michael Kühnen verbreitet wird⁶⁴.

Hier ist die Definition der Begriffe „rechtsextremistisch“ und „rechtsradikal“ hilfreich, die Hoffmann und Lepszy liefern und die die DVU eindeutig als rechtsextremistisch bezeichnen:

„Als *rechtsextremistisch* bezeichnen wir Parteien und Organisationen, deren Politik und Ideologie die Ablehnung der wesentlichen Prinzipien und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates beinhalten. Dazu gehören die Ablehnung der fundamentalen Gleichheit aller Menschen, die Ablehnung von Menschen- und Freiheitsrechten, des Demokratieprinzips, der Gewaltenteilung, der Oppositions- und Minderheitenrechte, Ablehnung von Pluralismus- und Parteienkonkurrenz. Hinzu kommen extremer Nationalismus, Rassismus und Führerprinzip. Als *rechtsradikal* hingegen bezeichnen wir Positionen und Ziele, die nicht eindeutig auf die Beseitigung zentraler Bestandteile der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtet sind, sich aber politisch am äußersten Rand des Verfassungsrahmens bewegen. Dabei können die Übergänge zum Rechtsextremismus in Einzelfragen, wie bei den Republikanern, fließend sein. Rechtsradikalismus subsumiert demgemäß nationalistische, traditionell-konservative, autoritäre und reaktionäre Positionen, auch romantisierende Rückwärtsge-

se Gesellschaft'. Die Überfremdung Deutschlands scheint Friedman, Abkömmling einer polnisch-jüdischen Familie aus Galizien, ein Herzensanliegen zu sein.' (NZ Nr.23/2000, S. 1)“ (BfM 2001, S. 80 f.)

⁶⁰ Nach Angaben des Zentralrats der Juden in Deutschland (Stand: Dezember 2000) haben die jüdischen Gemeinden in Deutschland 81.739 Mitglieder (<http://www.zentralratjuden.de/mitglieder.html>; Zugriff: 22.1.2002).

⁶¹ vgl. Winkler 2001a

⁶² PIPr. 15/19, 8.6.2000, S. 1363

⁶³ vgl. Johannes Fried über Karl den Großen, in: Der Spiegel, 3/2002, S. 140 f.

⁶⁴ Michael Kühnen „Die Zweite Revolution, Band 2: Der Volksstaat“, verfasst im Untersuchungsgefängnis Hamburg, 20.4.1979 („Führers Geburtstag“), http://www.nazi-lauck-nsdapao.com/kuehnen/Bd2_content.html; Zugriff: 19.1.2002

wandtheit, Beschwörung der „heilen Welt“ und Illiberalität. Rechtsradikale Positionen sind häufig Anti-Positionen gegen die Moderne, gegen Individualismus und Pluralismus, gegen das staatliche und politische Establishment, gegen die ‚etablierten‘ Parteien, die Bürokratie, gegen internationale und supranationale Einbindungen, gegen alles Fremde und ‚Überfremdung‘.“ (Hoffmann/Lepszy 1998, S. 9)

Innere Sicherheit

Von den 19 Debatten zum Themenkomplex „innere Sicherheit“ befasst sich rund ein Drittel mit dem Bereich Ausländer bzw. mit Straftaten, die nicht von Deutschen begangen werden können, weil sie die Ausländer- und Asylverfahrensgesetzgebung betreffen. Diese sollen daher nicht Gegenstand der Betrachtung in diesem Abschnitt sein. Nur eine Anmerkung: Grundsätzlich geht es Tittmann nicht um Prävention, sondern darum, straffällig gewordene Ausländer konsequent und rigoros hinauszuerwerfen⁶⁵.

Rund ein Viertel der hier zu nennenden Tagesordnungspunkte, zu denen Tittmann im Untersuchungszeitraum gesprochen hat, behandelt die Polizei. Das Verhältnis DVU/Polizei stellt sich für Tittmann wie folgt dar:

„Die Deutsche Volksunion bekennt sich uneingeschränkt zu unserer Polizei.
(...)
Die DVU aber steht uneingeschränkt hinter unserer Polizei.“ (PIPr 15/4, 20.10.1999, S. 263)

„... den DVU-Antrag, unsere Polizei uneingeschränkt zu unterstützen,
(...)
die Deutsche Volksunion aber setzt sich uneingeschränkt für unsere Polizei und unsere Bürger ein.“ (PIPr 15/9, 26.1.2000, S. 645)

„Die Deutsche Volksunion steht uneingeschränkt zur Polizei.“ (PIPr 15/29, 14.12.2000, S. 2141)

„Die Deutsche Volksunion jedenfalls steht hundertprozentig hinter unserer Polizei.“ (PIPr 15/31, 25.1.2001, S. 2321)

Woraus logisch folgt,

„..., dass die Deutsche Volksunion die einzige Partei ist, die die berechtigten Interessen der Polizeibeamten vertritt.“ (PIPr 15/27, 16.11.2000, S. 2014)

Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf – weshalb Tittmann es dreimal wiederholen muss –,

„In dieser Großen Anfrage ‚Dienstvergehen und Straftaten bei der Polizei Bremen‘ vom Bündnis 90/Die Grünen geht es Bündnis 90/Die Grünen einzig und allein darum, unsere Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten in einer schamlosen Art und Weise in Misskredit zu bringen. Sie versuchen, mit Ihrer unnötigen Großen Anfrage der Bevölkerung zu suggerieren, dass quasi im Lande Bremen Dienstvergehen und Straftaten unserer Polizeibeamten an der Tagesordnung wären, und nun müsste unsere Bevölkerung ausgerechnet durch Ihre Große Anfrage, durch parlamentarische Gegenmaßnahmen vor zahlreichen Straftaten, Übergriffen und Dienstvergehen von Polizeibeamten dringend geschützt werden.
(...)
Den Abgeordneten vom Bündnis 90/Die Grünen möchte ich dringend raten: Versuchen Sie nicht noch einmal, unsere Polizeibeamten mit einer solchen Anfrage durch den Dreck zu ziehen!“ (PIPr 15/31, 25.1.2001, S. 2320)

kann die Schlussfolgerung nur sein:

⁶⁵ Als ein Beispiel von vielen: PIPr 15/29, 14.12.2000, S. 2141

„Meine Damen und Herren, das ist ja wohl lächerlich! Ihre Große Anfrage ist eine Beleidigung aller Polizeibeamten, und ich sage Ihnen im Namen der Deutschen Volkunion, dass die DVU es nicht zulässt, dass unsere Polizeibeamten ausge-rechnet vom Bündnis 90/Die Grünen hier beleidigt werden.

(...)

Den Abgeordneten vom Bündnis 90/Die Grünen möchte ich dringend raten: Ver-suchen Sie nicht noch einmal, unsere Polizeibeamten mit einer solchen Anfrage durch den Dreck zu ziehen!“ (PIPr 15/31, 25.1.2001, S. 2320)

Sein unkritisches Verhältnis zu den „Ordnungshütern“ korrespondiert mit Tittmanns geradezu apokalyptisch gezeichnetem Bild der Sicherheitslage:

„Tatsache ist auch, dass sich anständige deutsche Bürger nicht mehr trauen, abends auf die Straße zu gehen, weil kriminelle ausländische Mehrfachstraftäter unser Straßenbild beherrschen und unsicher machen. Das ist Fakt, meine Damen und Herren!“ (PIPr 15/9, 26.1.2000, S. 644)

„Der ordentliche Bürger muss sich auf unseren Straßen wieder sicher fühlen können.“ (PIPr 15/9, 26.1.2000, S. 645)

„Wenn ich dann noch hier vor der Bürgerschaft demonstrierende Polizeibeamte erleben muss, dann sage ich Ihnen, es ist nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf. Diese Tatsache, meine Damen und Herren, macht mir Angst, Angst um unsere Zukunft, Angst um unsere Kinder, Angst um Deutschland und Angst um unsere Demokratie. Deswegen dürfen wir im Bereich der Polizei keine Einsparungen vornehmen.“ (PIPr 15/9, 26.1.2000, S. 646)

Tittmann missbraucht auch vorhandene Ängste, aber indem er sie verallgemeinert und verabsolutiert, verstärkt er sie noch durch das Schüren von Vorurteilen. So sagt er – in Nichtanerkennung des Umstands, dass ältere MitbürgerInnen mehrheitlich ohnehin ängstlicher sind als jüngere (schon allein deshalb, weil sie sich ihrer altersbedingten Schwächen bewusst sind und sich von sich aus schon unsicherer im öffentlichen Leben verhalten – und dementsprechend misstrauisch gegenüber ihrer Umgebung sind) – in der Debatte um „Sicherheit im VBN – Bahn, Bus, Straßenbahn“:

„Meine Damen und Herren, gerade für ältere Menschen sind Busse, Züge und die Bahn das einzige Fortbewegungsmittel, auf das sie auch angewiesen sind. Hier sage ich Ihnen, dass unsere älteren Mitbürger schon am Tage Angst oder Alpträume haben, Busse, Bahnen oder die Straßenbahnen als Fortbewegungsmittel, auf das sie angewiesen sind, zu benutzen, ganz zu schweigen von den Abendstunden, in denen sich unsere älteren Mitbürger nicht einmal mehr auf die Straße trauen, geschweige denn ohne Angst die Straßenbahn, den Bus oder die Bahn zu benutzen.“ (PIPr 15/26, 15.11.2000, S. 1934)

Tittmann scheut im Interesse der inneren Sicherheit auch nicht davor zurück, dem oft postulierten Anspruch seiner Partei, grundgesetzlich zu agieren, zu widersprechen, indem er der Wiedereinführung der Todesstrafe das Wort redet – direkt wie indirekt. Zum Thema Polizei stellt er einen eigenen Antrag „Finalen Rettungsschuss in das Bremische Polizeigesetz (BremPolG) aufnehmen“ (Drs. 15/511), den er wie folgt begründet:

„Ich sage es gleich klar und deutlich, Bremen braucht einen gesetzlich festgelegten finalen Rettungsschuss, denn ohne eine solche Regelung darf die Polizei keine tödlichen Schüsse auf Verbrecher abgeben, um Geiseln zu retten.“ (PIPr 15/27, 16.11.2000, S. 2014)

Damit beschränkt er sich noch auf eine spezielle Gefahrensituation. Doch nur einen Absatz weiter in seiner Rede heißt es,

„..., denn wer als Straftäter Leben bedroht, wer mit Schusswaffen oder Stichwaffen agiert, dem muss auch klar sein, dass er damit sein eigenes Leben bedroht!“ (PIPr 15/27, 16.11.2000, S. 2014)

und damit ist implizit die Drohung mit der Todesstrafe gemeint. In einer späteren Debatte kommt er darauf zurück und formuliert:

„Ich sage Ihnen aber deutlich, um dringende Gefahr für Leib und Leben verhindern zu können, muss unsere Polizei wirksamere Instrumente erhalten. Dazu ist eine schnelle Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes natürlich mit dem festgeschriebenen finalen Rettungsschuss dringend erforderlich.

(...)

Soweit mir bekannt ist, ist das Land Bremen das einzige Bundesland, das hierzu keine gesetzliche Regelung im Polizeigesetz hat. Das ist mehr als beschämend und von Ihnen unverantwortlich, weil es die Präventionsarbeit der Polizei erheblich schwächt und einschränkt.“ (PIPr 15/29, 14.12.2000, S. 2140)

Finale Rettungsschüsse und Präventionsarbeit haben aber – außer in zynischer Betrachtungsweise – nichts miteinander gemein.

Deutlicher wird Tittmann in der Rede zu seinem Antrag „Schärfere Gesetze gegen Kinderschänder“ (Drs. 15/229). Fordert er im Antrag für Mehrfachtäter noch lebenslange Haft, wird er in der betreffenden Rede eindeutig schärfer:

„Ich sage es Ihnen heute ganz klar und deutlich, dass die Deutsche Volksunion uneingeschränkt eine Volksabstimmung unterstützen wird, vielleicht auch starten wird, mit der Frage Wiedereinführung der Todesstrafe bei Kindesmord. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, könnte ich Ihnen allerdings jetzt schon mitteilen.“ (PIPr 15/13, 22.3.2000, S. 931)

Staats- und Selbstverständnis der DVU

Wischt Tittmann schon im vorangegangenen Zitat die verfassungsrechtliche Unmöglichkeit einer solchen Volksabstimmung achtlos beiseite, gibt er einen deutlicheren Hinweis auf das Staatsverständnis der Deutschen Volksunion:

„Das sage ich Ihnen ganz klar und deutlich: Bei einer Regierungsverantwortung der Deutschen Volksunion wären solche Urteile nicht möglich. Wir würden rechtmäßig, demokratisch, rigoros und mit der gesamten Stärke des Rechtsstaates dafür sorgen, dass die Rechte der Kinder und Jugendlichen rückhaltlos und uneingeschränkt geschützt werden, meine Damen und Herren.“ (PIPr 15/13, 22.3.2000, S. 929)

Daraus ist zu schließen, dass die DVU die gegenwärtigen rechtsstaatlichen Verhältnisse nicht anerkennt und die Unabhängigkeit der Justiz in einem Rechtsstaat ihrer Couleur abschaffen, also eine Diktatur schaffen würde. Auch die oben genannten Hinweise auf die Wiedereinführung der Todesstrafe werfen ein bezeichnendes Bild auf die Einstellung der DVU zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (siehe unten).

Obwohl selbst demokratisch gewähltes Mitglied eines Landesparlaments, sieht Tittmann sich und die DVU nicht als Teil des politischen und gesellschaftlichen Systems. So wie sich die demokratischen Parteien von der DVU abgrenzen, die seit Bestehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, grenzt Tittmann sich und seine Partei von den bestehenden demokratischen Verhältnissen ab, und das in einer Weise, die schon als hasserfüllt bezeichnet werden muss.

Bekannt sich die DVU gar in der Präambel ihres Parteiprogramms „vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfaßt ist“, und dort den Artikel 56, Amtseid des Bundespräsidenten, als für alle Politiker verpflichtend darstellt, handelt es sich doch um ein Lippenbekenntnis. Sind für Tittmann alle anderen Politiker keine Demokraten, die eher die Demokratie gefährden, scheint ihm ein Demokratiebild vorzuschweben, das sich jedem rationalen Zugriff entzieht.

„Tatsache ist aber, dass immer mehr maßgebliche Politiker aller so genannten demokratischen Parteien gegen alle Grundsätze von Anstand und Moral verstoßen, wodurch die Demokratie zunehmend in Gefahr gerät“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 718)

„Hier wird versucht, mit rhetorischem Eiertanz armseliger Büttenredner das Volk zu verdummen, um einen eindeutigen Verfassungsbruch zu verharmlosen. Immer mehr Bürger fragen sich deshalb besorgt: Bestimmen etwa Verbrecher deutsche Politik? In der Tat stellt sich der Bürger die berechtigte Frage: Mache ich mich wegen der Unterstützung einer kriminellen etablierten Vereinigung strafbar, wenn ich das nächste Mal zur Wahl gehe?“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 668)

Als besonders gefährdet durch solch eine politische Kultur erachtet er die Jugend:

„Meine Damen und Herren, unsere deutsche Jugend hat es nicht verdient, zur Unterwürfigkeit erzogen zu werden und lebenslang mit dem Rückgrat eines Regenwurms umherlaufen zu müssen. Vor allen Dingen haben unsere Jugendlichen bessere Politiker verdient als jene Politiker, die eine solche Schande zulassen und zu verantworten haben, denn nur, aber auch nur ein guter deutscher Jugendlicher mit einem gesunden und normalen Nationalstolz kann auch ein guter Europäer sein.“ (PIPr 15/38, 20.6.2001, S. 2893)

Schuld am Verfall der Werte sind für Tittmann in erster Linie die „achtundsechziger Linksfaschisten“ (PIPr 15/23, 14.9.2000, S. 1650), doch auch die Konservativen kommen nicht besser weg:

„Erschreckende Folgen politischen Versagens etablierter Politiker, die nicht zuletzt aus ideologischer Verbohrtheit, was insbesondere auf die linke Achtundsechziger-Politikerkaste zutrifft, geradezu irrsinnig so genannte antiautoritäre Erziehungsmodelle propagierten,
(...)
Unter Mitverantwortung und Beteiligung auch der CDU kam es zur Entwertung und zum Infragestellen nahezu aller übernommenen sittlichen, ethischen und moralischen Werte und Ordnungsvorstellungen.“ (PIPr 15/37, 15.5.2001, S. 2803)

Während Tittmann die „herrschende“ Politik permanent als „verantwortungslos“, „verfehlt“, „asozial“, „unfähig“ etc. diffamiert, die eine „Schande“ sei, für die man sich zu „schämen“ habe, stellt er die DVU als einzige Alternative heraus:

„Darum ist es dringend erforderlich, dass endlich verantwortungsbewusste Volksvertreter, im wahrsten Sinne des Wortes Volksvertreter, die weniger an sich selbst denken, aber dafür um so mehr die wahren Interessen des Volkes volksnah vertreten (...), damit im wahrsten Sinne des Wortes wieder Volksvertreter in die Parlamente hineingewählt werden, in diesem Sinne wird die Deutsche Volkunion weiter mit Nachdruck kämpfen, dass ein solcher personeller Austausch auf parlamentarischer Ebene stattfinden wird. Dessen können Sie sich sicher sein!“ (PIPr 15/4, 20.10.1999, S. 252)

Alle anderen Parteien bezeichnet er stets als „etablierte Altparteien“, als „Chaostruppen“, die er der „Arroganz der Macht“ bezichtigt und denen er abspricht, demokratisch zu sein („so genannte demokratische Parteien“, „so genannte Demokraten“ etc.). Er geht aber noch weiter:

„Meine Damen und Herren, Merkmale, die allgemein nur im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität im Bewusstsein sind, kennzeichnen längst in weiten Bereichen die herrschende Politik in Deutschland.“ (PIPr 15/10, 27.1.2000, S. 718)

„Diese herrschenden Politiker haben die Menschen belogen und betrogen.“ (PIPr 15/4, 20.10.1999, S. 251)

„Manchmal frage ich mich, ob Sie überhaupt deutsche Politiker sind.“ (PIPr 15/3, 22.9.1999, S. 187)

„Meine Damen und Herren, es ist auf jeden Fall klar, dass jene am allerwenigsten geeignet sind, Korruption zu bekämpfen, die zum Politbonzentrum des herrschenden Parteienkartells gehören, zu jener Kaste also, über die immer mehr Bürger sagen, dass sie ein Schweinestall ist, was manche allerdings auch als Beleidigung dieser niedlichen Nutztiere empfinden.“ (PIPr 15/32, 21.2.2001, S. 2384 f.)

Wie weit sich Tittmann und die DVU außerhalb der bestehenden Parteiendemokratie sehen, verdeutlicht seine immer wieder kehrende Kritik an Diäten, Fraktions- und Parteizuschüssen, die in folgender Aussage gipfelt:

„Berechtigterweise beklagt sich der Normalbürger, dass etablierte Politiker wie die Made im Speck leben. Es ist doch wirklich skandalös, dass etablierte Parteien bundesweit mindestens sechs Milliarden DM pro Legislaturperiode aus Steuermitteln kassieren.“ (PIPr 15/19, 8.6.2000, S. 1363).

Diese sechs Milliarden entstammen offensichtlich einer Berechnung von Hans Herbert von Arnim (1996) und umfassen die Gesamtkosten der parlamentarischen Demokratie. Dabei lässt Tittmann jedoch außer Acht, dass auch die DVU daran teilhat. Immerhin hat die DVU im Jahr 2000 über 1,6 Millionen DM an staatlichen Zuschüssen (Wahlkampfkostenersatzung und Zuwendungen) erhalten⁶⁶. Und allein diese wenigen 20 DVU-Abgeordneten in den Landtagen von Brandenburg, Bremen und Sachsen-Anhalt (hierbei DVU und FDVP⁶⁷) erhalten an Diäten und Fraktionszuschüssen über 4,6 Millionen DM pro Jahr⁶⁸.

Tittmann lehnt jede Darstellung der DVU als rechtsextrem entschieden ab.

„Sie stempeln die Deutsche Volksunion als rechtsradikal ab. Ich sage hier ganz klar und deutlich, wir sind radikal für das Recht der deutschen Bürger.“ (PIPr 15/19, 8.6.2000, S. 1365).

Die Existenz von Rechtsextremisten wird mit den Attributen „angeblich“ und „so genannt“ bezweifelt, es handele sich um „freiheitlich denkende Politiker“⁶⁹, die vom Verfassungsschutz bespitzelt würden.

„Meine Damen und Herren, ich frage Sie allen Ernstes: Inwieweit kann der Verfassungsschutz demokratische rechte Patrioten und demokratische rechte Parteien denn noch bekämpfen? Eine Steigerung ist wohl kaum mehr möglich, denn in keinem anderen Land der Welt werden rechte demokratische Parteien, werden demokratische rechte Patrioten, werden demokratische rechte Abgeordnete durch den Verfassungsschutz so bespitzelt, so überwacht, so abgehört und so verfolgt wie in Deutschland!“ (PIPr 15/31, 25.1.2001, S. 2329).

Dabei sei die DVU ihrerseits die Wächterin über die Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung:

⁶⁶ Quelle: „Endgültige Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2000“, Stand: 6. Februar 2001 (http://www.bundestag.de/datbk/finanz/end_fin_gn.html; Zugriff: 3.2.2002)

⁶⁷ Durch den Werdegang der DVU im sachsen-anhaltinischen Landtag blickt kaum jemand mehr durch: Von den ursprünglich 16 Abgeordneten haben zwei das Parlament verlassen. Am 14.2.2000 bildete sich aus sechs fraktionslosen Abgeordneten die Fraktion „Deutsche Volksunion-Freiheitliche Liste (DVU-FL)“, die am 22.3.2001 in Fraktion der Deutschen Volksunion (DVU) umbenannt wurde, wohingegen sich die DVU-Fraktion am 15.2.2000 in Fraktion der „Freiheitlichen Deutschen Volkspartei (FDVP)“ umbenannte. Die FDVP-Fraktion hat 6 Mitglieder, die DVU-Fraktion 8 (<http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fraktion/fdvp> und [/dvu](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fraktion/dvu); Zugriff: 3.2.2002). Allerdings führt die Homepage der DVU-Fraktion nur noch sechs Abgeordnete auf – ??? – (<http://www.dvu-sachsen-anhalt.de/>; Zugriff: 3.2.2002).

⁶⁸ eigene Berechnungen – Quellen: Vorbericht zum Haushaltsplan 2002 Sachsen-Anhalt (<http://www.fm.sachsen-anhalt.de/aufgaben/files/01.pdf>; Zugriff: 3.2.2002) und Haushaltsplan 2000 Brandenburg (<http://www.brandenburg.de/land/mdf/lh/hhpl/hhpl2000/Haushalt/ep01/kap010.pdf>; Zugriff: 3.2.2002).

⁶⁹ PIPr 15/20, 5.7.2000, S. 1461

„Insofern hat sich also die Große Anfrage der CDU hier erübrigt, und ich sage im Namen der Deutschen Volksunion, mit solchen niederträchtigen verfassungsfeindlichen Machenschaften werden Sie die Deutsche Volksunion niemals aufhalten können, ganz im Gegenteil! Die Deutsche Volksunion steht ohne Wenn und Aber zur Verfassung und auf dem Boden des Grundgesetzes. Dass die Verfassung von den so genannten demokratischen etablierten Altparteien auch eingehalten wird, dafür kämpft die Deutsche Volksunion mit demokratischen, friedlichen Mitteln.“ (PIPr 15/31, 25.1.2001, S. 2330)

V. Gezielter Missbrauch des Parlaments

Über alles vertretbare Maß hinaus betreibt Tittmann Werbung für die DVU. Er bringt es in den 92 Debatten fertig, die Deutsche Volksunion bzw. die DVU 348 mal zu erwähnen, zehnmal ihren Vorsitzenden Dr. Frey, neunmal dessen Parteiorgan – die „Nationalzeitung“ –, und er zitiert sogar wörtlich aus dem DVU-Parteiprogramm (vgl. oben).

Obwohl er als einzelner DVU-Abgeordneter nichts mit dem „etablierten Altparteienkartell“ zu tun haben will, versucht er gerade daraus Kapital zu schlagen: „Die Märtyrer-Rolle spiele ich gern, die kommt bei den Leuten gut an“, gab Tittmann der taz⁷⁰ zu Protokoll, und so wird er auch nicht müde, im Parlament darauf hinzuweisen, dass seine Anträge „scheinheilig“ abgelehnt werden, obwohl er doch mit seinen Anträgen Recht habe, beispielsweise:

„Ich finde, diese Scheinheiligkeit sollte unsere Bevölkerung ruhig wissen. Ich weiß nicht, wie Sie als so genannte Demokraten eine solche Scheinheiligkeit bezeichnen würden, ich würde so ein Verhalten schlichtweg verlogen nennen. Auf der einen Seite lehnen Sie hier einen DVU-Antrag gegen die Öko-Steuer scheinheilig und einheitlich ab und erdreisten sich andererseits, hier heute eine solche Anfrage zu stellen.

(...)

Nur Sie als angebliche Fachleute mussten sich damals ja mir gegenüber erdreisten und mit dämlichen Zwischenrufen sich hervortun, um jetzt einen solchen hilflosen Antrag zu stellen.“ (PIPr 15/25, 12.12.2000, S. 1804 f.)

Im gleichen Tenor wendet er sich auch direkt an die Presse:

„Meine Damen und Herren, ich lehne, das ist auch wichtig für die Presse, Ihren hysterischen Antrag ab, da es überhaupt nicht bewiesen ist, dass es so genannte Rechtsextreme gewesen sind. Die DVU betreibt keine Vorverurteilung, wir sind Demokraten. Aus der Tatsache heraus, dass die Deutsche Volksunion, auch noch einmal für die Presse, schon immer Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf das Schärfste verurteilt hat, dazu bedarf es keines solchen Antrags oder vielleicht keiner jüdischen Aufforderung, meine Damen und Herren.“ (PIPr 15/25, 12.10.2000, S. 1796)

Auf welche Weise das Parlament von der DVU missbraucht wird, zeigt sich in der Berichterstattung auf ihrer Bremen/Bremerhaven-Homepage. Zu der Debatte um „Konsequente Vorbeugung und Verfolgung von Korruption“, die durch eine Große Anfrage (Drs. 15/524) der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN initiiert wurde, heißt es:

„Eine umfassende Debatte zum Thema ‚Korruption‘ hatte der Abgeordnete der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) in der Bremischen Bürgerschaft, Siegfried Tittmann, in der jüngsten Plenarsitzung erzwungen. Vor vollbesetzten Besucherrängen las er den Fraktionen von SPD, CDU und Grünen die Leviten. Während der Kaste etablierter Parteien der Schock in die Glieder fuhr, herrschte

⁷⁰ „Ein Meter einundsechzig Populismus“, taz vom 28.9.1999

auf der Zuhörer-Tribüne gespannte und zustimmende Aufmerksamkeit, die vielfach demonstrativ zum Ausdruck gebracht wurde.

(...)

Siegfried Tittmann zog am Schluss seiner Abrechnung namens der DVU das Fazit, klar sei auf jeden Fall, dass ‚jene am allerwenigsten geeignet sind, Korruption zu bekämpfen, die zum Polit-Bonzentum des herrschenden Parteienkartells gehören – zu jener Kaste, über die immer mehr Bürger sagen, sie sei ein Saustall. Was manche allerdings auch als Beleidigung der Nutztiere empfinden.‘ Der DVU-Abgeordnete ließ sich weder durch Geschrei aus den Reihen des etablierten Parteienkartells noch durch diverse Versuche des von den Grünen gestellten Vize-Landtagspräsidenten, die Bekundungen ‚abzuwürgen‘, davon abbringen, Fraktur zu reden.“⁷¹

Nicht nur hier stellt sich heraus, wie es bei der DVU um die Wahrheit, die Tatsachen und Fakten bestellt ist, die Tittmann so oft für sich bemüht. So versucht er, die DVU in ein besseres Licht zu rücken, indem er unterstellt, seine Anträge würden von anderen Fraktionen abgeschrieben (siehe oben).

Ein weiteres Beispiel dafür, dass Tittmann im Parlament ein schönendes Bild von der DVU zeichnet, ist die Erwähnung der DVU-Jahresversammlung in der Passauer Nibelungenhalle: Bei der Passauer Großveranstaltung der DVU 1996 war auch Tittmann an der Seite seines Vorsitzenden Dr. Frey (und sogar mit einem Gruß aus Bremerhaven vertreten) und berichtet darüber in der Bremischen Bürgerschaft:

„Ich habe zufälligerweise einen Ausschnitt unserer letzten Großkundgebung in Passau da, und wenn Sie mir da einmal folgen könnten, da sehen Sie hier eine Reihe von farbigen Mitbürgern, Mitmenschen, die bei uns als Gastredner oder Gäste tätig waren und auch unterdrückte Ureinwohner Amerikas, die da im Holocaust sterben mussten. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir noch nie gesagt haben ‚Ausländer raus?‘“ (PIPr 15/23, 14.9.2000, S. 1652).

Bei den „farbigen Mitbürgern, Mitmenschen“ handelte es sich zum einen um den Schwarzen Dr. Robert L. Brock, Herausgeber des „aufsehenerregenden FZ-Buches“⁷² „Freispruch für Deutschland“ sowie um die Indianer Gerald Northrup und Edward Godfrey aus den USA⁷³. Letztere – die in den USA für die Indianerrechte kämpfen – erfuhren allerdings erst viel später, auf welcher Art Veranstaltung sie waren. Sie sahen sich von der DVU über deren Ziele getäuscht, woraufhin sie sich umgehend von dieser Partei distanzieren⁷⁴. Geht Tittmann selbst nicht gerade zimperlich mit anderen PolitikerInnen um (siehe oben), betreibt er im Parlament schon fast Führerkult. Weil – offenbar in einem nicht protokollierten Zwischenruf – der DVU-Parteivorsitzende kritisiert wurde, sieht sich Tittmann genötigt, eine Art „Ehrenerklärung“ abzugeben:

⁷¹ „Kampf dem ‚Saustall‘ herrschender Korruptionspolitiker. Abrechnung des DVU-Landtagsabgeordneten Tittmann“ Februar 2001 (http://www.dvu.net/Bremen_Bremerhaven/Presse.html; Zugriff: 5.10.2001)

⁷² „Freiheitlicher Buch- und Zeitschriften-Verlag“ München, der dem DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey gehört.

⁷³ Deutsche National-Zeitung Nr. 42, 11.10.1996, zitiert nach <http://nativenet.uthscsa.edu/archive/nl/9610/0109.html>; Zugriff: 14.1.2002

⁷⁴ „Hello folks, all clear! Finally I was able to contact Mr. Godfrey. I informed him about the real background of this racist party and he had been very appalled that the DVU deceived him and Mr. Northrup totally by providing them with wrong information. By getting to know the real facts, Mr. Godfrey dissociated directly and totally from this organisation. As I hoped, his appearance at the annual Gathering of the German right-wing extremist DVU (German Peoples Union) has been a great misunderstanding. Ed Godfrey and Gerald Northrup, two Northamerican Natives, have been wholly misinformed about the real background of this German organisation! They were invited by the DVU to hold a welcoming message on the gathering in Passau (South Germany) with ignorance about the real background.“ (<http://nativenet.uthscsa.edu/archive/nl/9610/0136.html>; Zugriff: 14.1.2002)

„Wenn hier noch einmal der Name Dr. Frey fällt im Zusammenhang mit Millionär! Im Gegensatz zu vielen anderen Millionären hat der DVU-Bundesvorsitzende und Herausgeber der ‚Nationalzeitung‘, Herr Dr. Frey, seine Millionen durch ehrliche Arbeit und mit eigenen Händen ehrlich verdient, und das müssen Sie erst einmal nachmachen, bevor Sie den Hals aufreißen! Er weiß im Gegensatz zu anderen Millionären, woher er seine Millionen bekommen hat!“ (PIPr 15/36, 16.5.2001, S. 2728).

Fazit

Die 1992 und 1993 von der damaligen Fraktion DIE GRÜNEN vorgelegten Studien zur DVU im Bremer Landtag trugen den Untertitel „Missbrauch des Parlaments“. Dies trifft auch auf den DVU-Vertreter in der Bremischen Bürgerschaft der laufenden Wahlperiode, Siegfried Tittmann, zu. Er missbraucht das Parlament, indem er es nicht als einen Ort der inhaltlich-politischen, an sachlicher Arbeit orientierten Auseinandersetzung betrachtet, sondern als Vehikel für reine Parteipropaganda und dumpfen Populismus benutzt. Tittmann greift zwar fortdauernd die anderen Fraktionen und einzelne Abgeordnete an, dies geschieht aber nicht im Sinn einer inhaltlichen Debatte mit dem politischen Gegner, sondern dient allein deren Verunglimpfung.

Tittmann richtet seine parlamentarischen Initiativen thematisch an aktuellen Stimmungen, Vorurteilen und Affekten in der Bevölkerung aus, die er in populistischer Weise bedient, demagogisch schürt und gegen die „herrschende Politikaste“ wendet. Oder er trägt – abseits von aktueller Diskussion – Debatten ohne jeden Bremen-Bezug in die Bürgerschaft, die Dauerbrenner seiner Partei sind. Dabei lässt er wiederholt seine mangelnde inhaltliche Vorbereitung durchscheinen, die sich zum Beispiel am fehlenden Studium einschlägiger Gesetzestexte festmachen lässt.

Die Überprüfung von Zitaten, Behauptungen und „Leumundszeugen“ ergab nicht nur fehlerhafte und verfälschte Zitate, sondern auch Plagiate, Lügen, Halbwahrheiten, Geschichtsverfälschungen, Verharmlosungen und Übertreibungen.

Die Analyse der 92 Debattenbeiträge, die Tittmann in den beiden Jahren des Untersuchungszeitraums lieferte, zeigt eine eindeutig von Hass geprägte Diktion. Tittmann trägt im Parlament eine deutlich ausländerfeindliche, rassistische, antisemitische, extrem nationalistische und völkische Haltung zur Schau, die – wie zu zeigen war – mit seinen privaten Neigungen hinsichtlich nationalsozialistischen Gedankenguts korrespondiert. Seine Reden sind gekennzeichnet von der Ablehnung der Gleichheit aller Menschen und der Menschen- und Freiheitsrechte, des Demokratieprinzips, der Gewaltenteilung, der Oppositions- und Minderheitenrechte sowie des Pluralismus und der Parteienkonkurrenz. Damit ist erwiesen, dass mit Tittmann ein rechtsextremer Abgeordneter ein Mandat im Bremer Landtag hat.

Literatur

- Arnim, Hans Herbert von* (1996): Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München: Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf.
- BMI* (2001): Verfassungsschutzbericht 2000. Bundesministerium des Innern, Mai 2001, Berlin.
- Brüning, Manfred/Daniela Langen/Klaus von Münchhausen/Marcus Werner* (1999): Entschädigung für Zwangsarbeiter. Modelle für die Lösung einer offenen historischen Aufgabe. Mit einem Vorwort von Dr. Hans-Jochen Vogel, Bonn: Gegen Vergessen – für Demokratie e. V. (pdf-download, <http://www.ns-zwangsarbeiterlohn.de/zwangsar/sachverhalt/index.html>; Zugriff: 23.1.2002)
- Büchmann, Georg* (1977): Geflügelte Worte, München: Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf.
- Grabler, Jochen* (1992): Mißbrauch des Parlaments. Ein Jahr DVU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, Studie im Auftrag der Fraktion DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft, Bremen
- Grabler, Jochen/Hermann Kuhn* (1993): Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: 2 Jahre Mißbrauch des Parlaments, Studie im Auftrag der Fraktion DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft, Bremen
- Hoffmann, Jürgen/Norbert Lepszy* (1998): Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren. Interne Studie Nr. 163/1998, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
- Illustrierter Beobachter* (1936): Adolf Hitler. Ein Mann und sein Volk. Sonder-Ausgabe, München: Verlag Franz Eher Nachf.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.)* (1999): „Die Bundesländer. 50 Jahre Bundesrepublik. Schriftenreihe „Der Bürger im Staat“, 49. Jg., Heft 1/2
- Mecklenburg, Jens (Hrsg.)* (1999): Braune Gefahr, DVU, NPD, REP – Geschichte und Zukunft. Berlin: Elefanten Press
- Sartorius, Axel* (1994): Die Entwicklung von NPD und DVU seit Gründung bis Gegenwart, Hausarbeit, Gerhard-Mercator-Universität, Duisburg; Zitiert nach www.hausarbeiten.de; Zugriff: 15.1.2002
- Schneider, Dr. Ulrich* (1998): Hauptlinien der gegenwärtigen Entwicklung der neofaschistischen Wahlparteien in der BRD. Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Kassel, 10/1998 (www.uni-kassel.de/~schneid/neofa2.html; Zugriff: 13.1.2002)
- Verfassungsschutz* (1999): Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland – Agitation, Ziele, Wahlen, Stand: Januar 1999. Bundesamt für Verfassungsschutz, (www.verfassungsschutz.de/publikationen/gesamt; Zugriff: 21.10.2001)
- Winkler, Heinrich August* (2001a): Der lange Weg nach Westen. Band I: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München: C.H. Beck
- Winkler, Heinrich August* (2001b): Der lange Weg nach Westen. Band II: Vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München: C.H. Beck